ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
63.(78.) JAHRGANG
JUNI 2010

blz

Herausforderung Grundschule

SCHULE
Hochbegabtenklassen

HOCHSCHULE
Bologna in Berlin

SOZIALPÄDAGOGIK
Ungelernte in Kitas

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ... 3-5

TITEL

Herausforderung Grundschule ... 6
Mehr als ein Hilferuf *Inge Hirschmann* ... 7
Die Guten ins Töpfchen *Gerhard Weil* ... 9
Man spricht Deutsch *Friederike Terhechte-Mermeroglu* ... 11
FörderschülerInnen sind Förderkinder *Gökhan Akgün* ... 12

SCHULE

Kostenneutral auf unsere Kosten *Michael Brüser* ... 14
Möhrchen extra fein *Wolfgang Harnischfeger* ... 15

HOCHSCHULE

Beruhigungspillen oder echte Fortschritte *Larissa Klinzing* ... 16
Neues Modell, aber nicht mehr Geld *Heidi Degethoff de Campos* ... 17

GLOSSE

Geld stinkt nicht *Gabriele Frydrych* ... 19

SOZIALPÄDAGOGIK

Das Sparmodell *Brigitte Holst-Oehlke* ... 20
Bildungsprogramm für die Grundschule *Marlies Herzog* ... 21

GEWERKSCHAFT

GEW-Strukturen werden flexibler *Sigrid Baumgardt/Folker Schmidt* ... 22
Guten Tag, ich bin die Neue *Tania Krätschmar* ... 24
Mete-Ekşi-Preis 2010 *Canan Durlanik/Norbert Gundacker* ... 25
Alte Stärken *Holger Dehring* ... 26

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ... 27

INTERNATIONALES

Schulolympiade in Florida *Günter Langer* ... 28

BÜCHER

Ausweg Privatschulen *Klaus Will/Peter Sinram* ... 30
ZuRecht finden *Sigrid Baumgardt* ... 30
Deutsch für junge Profis *Klaus Will* ... 31
SEW – die Westberliner Einheitssozialisten *Klaus Will* ... 31

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 32

19 GLOSSE Grauenvolle Zustände in deutschen Kitas: Gewalt und Vandalismus haben das Regiment übernommen. Vorschulkinder zwischen Haue und Heia.

17 HOCHSCHULE Der Wissenschaftssenator will ein neues Finanzierungsmodell einführen. Er täuscht vor, dass die Hochschulen es selbst in der Hand hätten, durch entsprechende Mehrleistungen ihren Etat zu erweitern. Dass die Summen bereits festgelegt sind, erwähnt er nicht.

28 INTERNATIONALES Ergebnisse von Schultests sollen zur Grundlage von LehrerInnengehältern werden. Sie können sogar zur Entlassung führen. Ein solches Gesetz soll im US-Staat Florida verabschiedet werden. Ein Blick in unsere Zukunft?

TITEL: IMAGO/PETRA SCHNEIDER, FOTO UNTEN: IMAGO/UPI PHOTO, MITTE: IMAGO/SEELIGER, FOTO OBEN: IMAGO/PLUSPHOTO

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richarda Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 6/2010: 22.000

LEUTE

Theda Borde heißt die neue Rektorin der Alice-Salomon-Hochschule Berlin (ASH), Fachhochschule für Soziale Arbeit. Die 53-jährige Gesundheitswissenschaftlerin löst die langjährige Rektorin Christine Labonté ab, die nach 16 Jahren ihr Amt aus Altersgründen aufgab. Borde lehrt seit sechs Jahren an der ASH und war zuvor an der Charité.

Jan-Hendrik Olbertz, Jahrgang 1954, war von 2002 bis 2010 Kultusminister für die CDU in Sachsen-Anhalt und wird künftig die Humboldt-Universität leiten. Der neue Präsident ist Erziehungswissenschaftler und hat als Wissenschaftler fast ausschließlich an der Universität Halle-Wittenberg gearbeitet, wo er auch von 1974 bis 1978 ein Lehramtsstudium in den Fächern Deutsch und Musik absolvierte.

Peter-André Alt wurde als neuer Präsident der Freien Universität (FU) gewählt. Damit starten drei der vier Berliner Universitäten mit einem neuen Präsidenten in die nächste Exzellenz-Runde. Alt ist Germanist, hat an der FU studiert und war in Bochum und Würzburg Hochschullehrer. Seit 2005 lehrt er wieder an der FU. Der Asta der FU hat sich gegen Alt ausgesprochen, dem sie einen »studierendenfeindlichen und neoliberalen Kurs« vorwerfen.

Renate Breitig gründete 1998 das Projekt Theater und Schule, kurz TUSCH genannt, als Antwort auf die Frage: Wie kann man jungen Menschen heute einen Zugang zum Theater eröffnen, der sie anspricht, der Spaß macht und eine Theaterbegeisterung weckt, die ein ganzes Leben hält? Jetzt geht die Referentin in der Senatsbildungsverwaltung und zuständig für die Bereiche Darstellendes Spiel/ Ästhetische Bildung in den Ruhestand. Aber das erfolgreiche Tusch-Projekt wird es natürlich weiterhin geben.

Gretel Wich-Trapp ist aus dem aktiven Schuldienst ausgeschieden. Die Leitende Schulrätin in Neukölln hat zwar weiß Gott nicht mit dem dortigen Personalrat »vertrauensvoll« zusammengearbeitet, erhielt aber trotzdem zum Abschied einen versöhnlerischen Blumenstrauß. Altersmilde bei den PersonalrätInnen?

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Wertschätzung in kleinen Dosen

Ehrhart Körting kündigt Besoldungserhöhung für Beamte an

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Beim beamtenpolitischen Spitzengespräch des DGB Berlin-Brandenburg mit dem Berliner Innensenator am 5. Mai 2010 hatte Ehrhart Körting eine deutliche Besoldungserhöhung für die Berliner BeamtInnen angekündigt. Damit wolle er seine Wertschätzung der Beschäftigten ausdrücken und gleichzeitig der kritischen Haushaltslage der Stadt Rechnung tragen, erläuterte Körting. Zahlen mochte er nicht nennen, da sollten wir uns bis nach der Senatssitzung am 11. Mai gedulden. Aber er könne sich unsere Reaktionen schon vorstellen: Das sei uns bestimmt zu wenig!

Der Mann muss ein Hellseher sein, denn er trifft genau ins Schwarze. Es ist tatsächlich viel zu wenig, vor allem nach sechs Jahren Nulldiät. Dabei klingt die Erhöhung zunächst ganz gut: 3,5 Prozent in zwei Raten, 1,5 Prozent am 1. Oktober 2010 und weitere 2 Prozent am 1. August 2011.

Da sollte man doch zufrieden sein, meinte auch die Presse. In einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa konnte man sinngemäß lesen: Damit bekommen die Beamten früher und mehr Geld als die Angestellten. Falsch! Umgekehrt wird ein Schuh draus: Sie bekommen weniger Geld und das auch noch sehr viel später. Die Angestellten haben sich im Jahr 2008 einen monatlichen Sockelbetrag von 65 Euro erstreikt, der seit Juni 2009 gezahlt wird. 65 Euro entsprechen einer durchschnittlichen Gehaltserhöhung von 2,4 Prozent. Die Beamten müssen sich nun aber 16 Monate später mit einer Besoldungserhöhung von lediglich 1,5 Prozent zufriedengeben. Ihr in den letzten zwei Jahren um 300 Euro aufgestocktes Weihnachtsgeld wird im Gegenzug zurückgenommen und wieder auf 640 Euro abgesenkt. Das ist doch mal eine richtige Wertschätzung, oder!? Am 1. August 2011 werden die Gehälter der Angestellten um 3,1 Prozent erhöht, die der Beamten lediglich um 2 Prozent. Ich sage ganz deutlich: Ich bin nicht der Meinung, dass alle Ergebnisse der von Angestellten aktiv erkämpften Tarifrunden eins zu eins auf die BeamtInnen übertragen werden müssten. Das würde die Schere zwischen den Nettogehältern dieser beiden Gruppen weiter öffnen und das darf nicht sein: Die Schere muss im Gegenteil geschlossen werden. Doch eines macht diese mickrige Besoldungserhöhung wieder einmal deutlich: Der Beamtenstatus ist nicht das Gelbe vom Ei. Der Berliner Senat beschließt von sich aus Besoldungserhöhungen, verhandeln darüber muss er aber nicht. Gäbe es Tarifverhandlungen für die BeamtInnen: Wir hätten solch einem Angebot niemals zugestimmt. Wir hätten sofort den Tarifkampf vorbereitet.

Beamte und Beamtinnen können nur dann etwas erreichen, wenn sie sich nicht länger in das enge Korsett des Beamtenstatus pressen lassen. Die GEW BERLIN will mit ihrer Kampagne ALTE STÄRKEN in den nächsten Monaten Altersentlastung vornehmlich für die verbeamteten Lehrkräfte erreichen. Dafür planen wir nach Unterschriftensammlungen auch kürzere und längere Beamtenstreiks. Dann müsst ihr euch bewegen, dann müsst ihr dabei sein. Unsere Aktion wird nur erfolgreich sein, wenn die verbeamteten Lehrkräfte deutlich und zahlreich zeigen, dass sie sich nicht alles gefallen lassen, dass sie für ihre Interessen zu kämpfen bereit sind: Für bessere Arbeitsbedingungen, für besseren Unterricht.

Kämpft mit der GEW BERLIN für echte Wertschätzung eurer Arbeit!

Fünf Jahre »Tanzzeit – Zeit für Tanz in Schulen«: Vom 10. bis 13. Juni präsentieren dreißig TanzZeit-Klassen ihre Arbeiten. Siehe auch Seite 34 in diesem Heft.

FOTO:MARION BORRISS

Endlich entfristet, endlich neue Lehrkräfte

Angeblich 1.067 Vollzeit-Lehrkräfte werden laut Bildungssenator Jürgen Zöllner für das neue Schuljahr eingestellt. Allerdings: 200 davon sind bereits zum 1. Februar 2010 als Ersatz für ausgeschiedene Lehrkräfte gekommen. Und weitere 387 Lehrkräfte sind seit 2009 oder früher mit befristetem Vertrag in Berlin tätig. Wirklich neu werden nur 480 KollegInnen kommen: 340 Neueinstellungen und 140 weitere als Nachbesetzung für die sogenannte Lehrerfeuerwehr. Ob dies reicht, ist fraglich, denn im nächsten Schuljahr werden 778 Lehrkräfte aus dem Dienst ausscheiden. Die GEW begrüßte in einer Presseerklärung insbesondere die Entfristung: »Es ist erfreulich, dass noch mehr befristete KollegInnen als ursprünglich geplant jetzt die Entfristung bekommen haben. Wir erwarten, dass die unselige Praxis von Fristverträgen endlich ein Ende hat.« Wie für die Lehrkräfte fordert die GEW auch für das sozialpädagogische Fachpersonal an den Schulen die Entfristung der Verträge und die Aufstockung auf volle Stellen.

Nicht locker lassen: VERA muss sich ändern

Der »Offene Brief« von über 1.000 KollegInnen zum Vera-Test und der Boykott der Vergleichsarbeiten durch Lehrkräfte der Karlsgarten-Grundschule haben bewirkt, dass das Thema breit diskutiert wird. Bildungssenator Jürgen Zöllner kann nun nicht mehr zur Tagesordnung übergehen. Im nächsten Jahr stehen diese Vergleichsarbeiten erneut an; bis dahin muss etwas geschehen. Die GEW BERLIN, so ihre Vorsitzende Rose-Marie Seggelke gegenüber der Presse, sei nicht grundsätzlich gegen Vergleichsarbeiten: »Sie können ein sinnvolles Instrument sein, das den Schulen hilft, ihre Stärken und Schwächen besser einzuschätzen. In seiner jetzigen Form erfüllt der Vera-Test diese Bedingungen nicht; er muss dringend überarbeitet werden. Dafür bieten wir unsere Zusammenarbeit an.« Die Initiative »Grundschulen im sozialen Brennpunkt« forderte Zöllner auf, die Verweigerung von VERA nicht disziplinarisch zu verfolgen, sondern sich der inhaltlichen Diskussion zu stellen. Die KollegInnen hätten aus pädagogischer Fürsorge für ihre SchülerInnen gehandelt, dies solle ihnen auch der Senator zugestehen.

Berliner Friedenslauf im fünften Jahr

Am 25. Juni 2010 feiert der Berliner Friedenslauf sein fünfjähriges Jubiläum! Um 11 Uhr geht's los: Mitten im Herzen Berlins am Brandenburger Tor werden auch in diesem Jahr Berliner SchülerInnen ein Zeichen für den Frieden setzen! Der Friedenslauf ist eine Initiative des Forum Ziviler Friedensdienst e. V. und wird von einem kostenfreien und ganzjährigen Bildungsprogramm für alle Klassenstufen begleitet. Für den Lauf suchen sich die teilnehmenden SchülerInnen Sponsoren, die für jede gelaufene Runde einen kleinen Betrag spenden. In diesem Jahr fließen die Spendengelder in Projekte in Israel und Palästina, die Jugendorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen mit Trainings zur Gewaltfreiheit unterstützen und den Dialog fördern. Anmeldung und Informationen unter: www.berlin.run4peace.eu

Freie Träger: Das Land Berlin muss Verantwortung übernehmen

Die GEW BERLIN fordert den Senat auf, bei den angekündigten schärferen Kontrollen der freien Träger auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im sozialen Bereich zu berücksichtigen. Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN: »Wir erwarten vom Land Berlin, dass es den Skandal bei der Treberhilfe endlich zum Anlass nimmt, um Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der sozialen Arbeit zu nehmen. Das Land Berlin steht in der gesetzlichen Pflicht, diese Leistungen zu erbringen, und es finanziert sie auch. Wir erwarten, dass das Land nur Kooperationen mit Trägern eingeht, die tarifgemäß bezahlen und die Rechte von MitarbeiterInnen und ihren Betriebsräten achten.« Nur die wenigsten der Beschäftigten bei freien Trägern erhalten eine tarifgemäße Bezahlung; ausgebildete SozialarbeiterInnen (mit Fachhochschulabschluss) bekommen bei Vollzeit ein Bruttoeinkommen zwischen 2.200 und 2.600 Euro und liegen damit weit unter der tarifgemäßen Vergütung im öffentlichen Dienst von 2.982 Euro.

Europaschulen kein Schulversuch mehr

Nach 17 Jahren gründlicher Erprobung werden die Staatlichen Europaschulen in Berlin (SESB) nun zu ordentlichen Schulen besonderer pädagogischer Prägung. Das hat das Abgeordnetenhaus auf Antrag von Bündnis90/Die Grünen im Mai beschlossen. 1992 ist die SESB mit 160 SchülerInnen in sechs Grundschulen mit drei verschiedenen Sprachkombinationen gestartet: Deutsch-Englisch, Deutsch-Französisch und Deutsch-Russisch. Heute besuchen fast 6.000 SchülerInnen die 17 Grundschulen und 12 weiterführenden Schulstandorte mit insgesamt neun Sprachkombinationen.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

»Unterrichtskompetenz für die Schulstrukturreform« von Klaus Meißner, *April/Mai-blz 2010*

Klaus Meißner bringt mit seinem Artikel dankenswerter Weise mehr Sicht in den Nebel, in den die Angebote der regionalen Fortbildung aus Sicht vieler KollegInnen (und auch Schulleitungen) immer noch gehüllt ist. Die Beschränkung auf den Vorschlag Evaluation bei seinen »Überlegungen zur notwendigen Weiterentwicklung der LehrerInnenfortbildung« (Untertitel) finde ich hingegen bedauerlich. Ob SchülerInnen in ihren personalen Kompetenzen, in ihren Spielräumen der Selbstbestimmung, bei der Auswahl von Problemlösestrategien vorangekommen sind und welcher Zusammenhang mit den unterschiedlichsten Fortbildungsveranstaltungen bestehen mag, kann man meiner Ansicht nach nicht nach so kurzer Zeit feststellen. Das spricht nicht gegen eine Bewertung und Veränderung des Konzepts der regionalen Fortbildung. Hier einige Vorschläge zur Diskussion:

• MultiplikatorInnen für Unterrichtsentwicklung (bisher FachmultiplikatorInnen) und SchulentwicklerInnen müssen vernetzt werden. Noch nicht einmal ein gemeinsamer Termin hat bisher in allen Bezirken stattgefunden.

• Für die nicht so neue Erkenntnis, dass in Arbeitsgruppen Fortbildungsmodule besser entwickelt, erprobt, verbessert und in Prozesse integriert werden als im Alleingang, gibt es in den Regionen bisher kaum eine Infrastruktur. Nachvollziehbar, weil die FortbildungsschulrätInnen die MultiplikatorInnen in erster Linie als Dienstleiter sehen. Dass es anders geht, zeigt Charlottenburg-Wilmersdorf. Hier mündete ein transparenter Prozess unter Beteiligung der MultiplikatorInnen in Arbeitsfelder und -gruppen.

• Das Zauberwort Qualifizierung muss entzaubert werden. Qualifizierungsveranstaltungen des LISUM und der Senatsverwaltung als Input können sehr hilfreich sein, Klaus Meißner nennt gelungene Beispiele. Das andere Extrem ist die Qualifizierungskette: reduziert auf das Durchreichen einer Powerpoint-Präsentation des LISUMs über die LISUM-Fachkonferenz an die MultiplikatorInnen, auf der Regionalkonferenz an die FachkonferenzleiterInnen und in der Fachkonferenz an die FachkollegInnen.

• Fortbildung und Beratung als Prozess erfordert Prozesssteuerung an der Schule. Für die Schulleitungen war das aus nachvollziehbaren Gründen in der Regel bisher kein Schwerpunkt. Mit der Benennung von SchulentwicklerInnen für die zukünftigen Sekundarschulen wird dafür jetzt ein wichtiger Schritt getan.

• Damit MultiplikatorInnen eine Schule im Team besuchen können, beispielsweise an einem Studientag, müssen sie gemeinsam an einem Wochentag wenig oder keinen Unterricht haben, so wie es in Brandenburg praktiziert wird und wie es früher auch zu Zeiten des Berliner LISUMs üblich war.

• Wie ein Gesamtkonzept aussehen kann, wird im Artikel von Hans-Jürgen Lindemann über die gewerblichen Schulen im selben Heft erkennbar.

Wolfgang Schwarz,
Multiplikator bei der regionalen Fortbildung

Leserbrief von Karla Werkentin in der *April/Mai-blz 2010*

Mit großem Erstaunen entnehme ich dem Leserbrief, dass der ehemaligen Hauptschulleiterin die Inhalte des Rahmenplanes Arbeitslehre offensichtlich wenig bekannt sind. Dementsprechend einseitig dürfte auch der Unterricht abgelaufen sein, den sie kennengelernt und als Schulleiterin zugelassen hat. Das Ziel von Arbeitslehre, bei der sowohl der Kopf als auch die Hände gefordert sind, ist und bleibt die Vorbereitung auf das Leben, – sprich die Berufsvorbereitung! Dieses Bemühen wird leider auch nicht durch einen Berufswahlpass ersetzt. Wer in der Schule unterschiedliche Materialien nach professionellen Standards bearbeitet hat, profitiert nachweislich mehr von einem Betriebspraktikum als jene, die aus und mit einem Wirtschaftskundebuch »arbeiten«. Sowohl das »servicelearning«, »Kooperationsverträge« mit Betrieben als auch das »Duale Lernen« sind für Arbeitslehre-Lehrer keine Neuheiten! Im Gegenteil: Die »Autoren« einer vagen Beschreibung des sogenannten Dualen Lernens waren gut beraten, als sie viele Elemente des bewährten Rahmenplanes Arbeitslehre aufgriffen. Vielleicht glauben sie aber auch, sie hätten das Rad neu erfunden.

Was dieses »Kernstück der Schulreform« allerdings zum Scheitern verurteilt, ist das (lächerliche Berlinerische) Kürzel WAT! Wenn das Integrationsfach Arbeitslehre zukünftig wieder, wie bereits vor 40 Jahren, auf die Partikularfächer »Wirtschaft«, »Arbeit«, »Technik« aufgeteilt wird, werden die gut ausgestatteten Schulwerkstätten verwaisen. Man mag nicht an die Vision denken, in der wieder der Wirtschaftskreislauf und die »Überbrückung« mit LEGO-Bausteinen das Klassenzimmer beherrschen.

Rosa Maria Königsberger

Leserbrief von Karla Werkentin, *April/Mai-blz 2010*

Die Meinungsäußerung von Karla Werkentin zum Beitrag von Manfred Triebe kann nicht unwidersprochen bleiben.

Fortsetzung auf Seite 13

ÜBRIGENS

Trotz langer Pause oder gerade wegen ihr war die Schlussredaktion zu dieser Ausgabe gut in Schwung und hat hoffentlich die Artikel herausgefischt, die unsere LeserInnnen interessieren. Aufgenommen haben wir schließlich aus vielen aktuell diskutierten Bereichen etwas: Anschluss Beamtenbesoldung, Herausforderung Grundschule, die neue VoGo, der LDV-Bericht … und unsere treue Seele Günther Langer meldet sich mal wieder in der Rubrik Internationales zu Wort – die er zu recht in den letzten Ausgaben vermisst hat. Klar wird durch seinen Artikel: Auch in Florida scheint für Lehrkräfte nicht nur die Sonne und die Bedrohung kommt nicht allein von der Natur.

Was fehlt? Das Thema Einstellungen zum kommenden Schuljahr. Gut 1000 sollen es werden. Die GEW forderte 1200. Die Zahlen liegen damit näher beieinander als in den Vorjahren. Hoffentlich findet das Land Berlin noch genügend BewerberInnen, denn die Abwerbeaktionen aus Brandenburg und anderswo sind allzu oft erfolgreich und die BewerberInnenlisten werden zu Anhaltspunkten von geringem Wert. Viel Glück allen, die es hier ernsthaft versuchen wollen, auch denen, die sich nicht in den heißbegehrten Mangelfächern tummeln.

Sigrid

Redaktionsschluss blz 9/2010: 25. Juni 2010
Redaktionsschluss blz 10/2010: 8. September 2010

Herausforderung Grundschule

Die Grundschulen sind in der öffentlichen Debatte der letzten Monate durch die Diskussionen um die Schulreform und ihrem Kernstück, die Integrierte Sekundarschule, etwas ins Hintertreffen geraten. Zum Glück haben sich die Grundschulen in den sozialen Brennpunkten trotzdem immer wieder Gehör verschafft. Zum Beispiel mit einem demonstrativen Wandertag im Juni 2009, durch Gespräche mit politisch Verantwortlichen und jüngst durch die Kritik an Vera. Nach Redaktionsschluss finden am 19. Mai 2010 Teilpersonalversammlungen in vier Regionen statt, die in eine zentrale gemeinsame Aktion münden sollen. Dazu passt der Titel der Juni-Ausgabe der blz. Sie nimmt sich den Herausforderungen an, die an die Grundschulen gestellt werden. Inge Hirschmann eröffnet mit einem Problemanriss und fünf Vorschlägen, was gebraucht wird und was dringend verbessert werden muss, um die Anforderungen zu erfüllen. Gerhard Weil erläutert im folgenden Artikel, warum Schulen in sozialen Brennpunkten auf die Idee der Auslese in Form von Deutsch-Garantie-Klassen kommen. Friederike Terhechte-Mermeroglu spricht sich in ihrem Artikel gegen diese Klassen in Zeiten der Inklusion aus. Gökhan Akgün blickt aus der Perspektive eines Pädagogen in einer Berliner Grundschule auf die Situation des Förderbedarfs von SchülerInnen, die nebenbei auch noch Kinder sind und auch als solche gefördert werden müssen, gerade im viel gelobten Ganztag. *SB*

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER

Mehr als ein Hilferuf

Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen mehr als VERA

von Inge Hirschmann, Grundschulverband Berlin

Wir bedanken uns bei Ihnen und Ihrer Klasse für die Teilnahme an VERA-3«. Mit diesem Satz endet die Durchführungsanweisung zu den Vergleichsarbeiten Deutsch/Lesen 2010 im Begleitheft. Der Dank gilt sicherlich den über tausend LehrerInnen – vorzugsweise aus sozialen Brennpunkten Berlins, die aus pädagogischer Überzeugung nahe daran waren VERA-3 zu boykottieren, sich dann doch entschieden haben, ihren Dienstpflichten nachzukommen und ihre Kinder – wie in jedem Jahr – zu testen, oder? Auch in diesem Jahr sitzen wieder alle Berliner Drittklässler vor umfangreichen Testheften. Den Risikokindern in den sozialen Brennpunkten wird erneut deutlich vor Augen geführt, was sie nicht können.

Was bleibt oder wie geht es weiter?

In einem Offenen Brief an die Initiative »Grundschulen im sozialen Brennpunkt« hat Senator Zöllner zugesagt, dass er sich in Absprache mit den anderen an VERA beteiligten Ländern bemühen wird, »prüfen zu lassen, ob man Aufgabenhefte einsetzen kann, die einerseits den *LehrerInnen* eine Bewertung ermöglicht, ob *ihre* Maßnahmen die Lehrqualität verbessert haben, andererseits, wenn nötig, eine größere Streuung von Aufgaben im unteren Leistungsbereich bereithalten. Dies würde Lehrkräften zusätzlich die Möglichkeit einräumen, weitere diagnostische Unterstützung zu erhalten … .«
(Die kursiv gedruckten Wörter wurden zum besseren Verständnis von der Autorin gewählt).

VERA also auch noch ein Messinstrument von Lehrqualität? Der Grundschulverband hat große Zweifel, dass ein Rückschluss von der Anzahl der leistungsstarken Kindern oder unterdurchschnittlich abschneidenden Kindern auf gute oder auch schlechte Lehrqualität möglich ist. Die umstrittenen Vergleichsarbeiten folgen der Logik von gesetzten Regelstandards und produzieren so im Ergebnis immer Gewinner und Verlierer. Das kann man nur verhindern, wenn Mindeststandards landesweit festgelegt würden und wenn jedes Kind, das nicht mitkommt, einen Anspruch auf intensive Förderung hätte.

Aber ob nun VERA in veränderter Form, in größeren Zeitabständen, als Stichprobe oder mit Aufgaben im unteren Leistungsbereich ergänzt wird, bringt uns nicht wirklich weiter. Das Grundübel unseres Bildungssystems – die übermäßige Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft – muss beseitigt werden.

Die Schulen in den sozialen Brennpunkten sind nun mal Orte, an denen die Auswirkungen sozialer Fehlentwicklungen und Schieflagen – die »Bremsspuren der Sparpolitik« (Worte des ehemaligen Bildungssenators Böger) – besonders deutlich sichtbar werden. Die große Anzahl von Risikokindern, die bei der Auswertung von VERA aufs Neue erfasst werden, sind ein deutlicher Beweis: Berlin ist noch weit davon entfernt, allen Kindern gerecht zu werden. Trotz aller Reformanstrengungen und trotz des besonderen Engagements vieler dort tätigen PädagogInnen gelingt es noch immer nicht, den Teufelskreis von Armut, sozialer Benachteiligung und sich verstetigender Bildungsferne zu durchbrechen. Der Einschätzung von Jörg Ramseger (FU Berlin) ist nur zuzustimmen: Die »Dramatik der sozialen Brennpunkte« wird noch immer nicht ausreichend berücksichtigt.

Aus der Sicht des Grundschulverbandes sind die Möglichkeiten, Grundschulen leistungsfähiger zu machen, längst noch nicht ausgeschöpft. Outputsteuerung durch Leistungsstandards und der allseits gepriesene Wettbewerb der Schulen um das scheinbar bessere pädagogische Konzept werden allein nicht reichen.

Auch als Schulleiterin einer Kreuzberger Schule staunte ich über eine Äußerung in dem oben zitierten Offenen Brief von Prof. Dr. Zöllner: »Das nicht gerade reiche Berlin stattet seine Schulen im deutschlandweiten Vergleich hervorragend aus.« Warum vergab dann das Institut für Demoskopie Allensbach Ende März in einer Studie zur Einschätzung der Schulpolitik auf einer den Schulnoten nachempfundenen Skala Berlin nur eine blamable 3,9? Der Grundschulverband möchte an dieser Stelle fünf Vorschläge zur Verbesserung der Berliner Grundschulen machen.

Die Ganztagsschulen

Berlin hat die Horte an die Grundschulen verlagert, die nun mehrheitlich verlässliche Halbtagsgrundschulen mit offenem Ganztagsbetrieb (OGB) bis einschließlich Klasse 4 sind. In der offenen Ganztagsschule – im Gegensatz zu den wenigen gebundenen – teilt sich der Tag eines Kindes in einen prall vollen Unterrichtsvormittag und eine Nachmittagsbetreuung. Zu Recht fordert der Landes-

FOTO: PRIVAT

Inge Hirschmann

ZEICHNUNG: RENATE ALF

elternausschuss Kita (Leak), der ein weiteres Volksbegehren zum Thema Schulhorte auf den Weg bringen will, in Kooperation mit der GEW:

- Der Personalschlüssel muss sich von derzeit 1:22 auf 1:16 im Hort verbessern.
- Alle Kinder in der Berliner Schule sollen einen Rechtsanspruch auf eine außerunterrichtliche Betreuung und Förderung ohne Bedarfsprüfung in den bisherigen Modulen, durchgängig bis zur integrierten Sekundarschule haben.

Der Grundschulverband ergänzt:

- Das Musterraumprogramm und die damit den Schulämtern vorgegebenen Mindeststandards müssen den Anforderungen des Berliner Bildungsprogramms angepasst werden.

Nur in der konsequenten personellen und räumlichen Verbesserung der Ganztagsschulen sowie einem auf Förderung und kulturelle Bildung ausgerichteten außerunterrichtlichen Zusatzangebot liegt eine echte Chance, die Bildungsgerechtigkeit der Kinder aus benachteiligten Schichten zu erhöhen.

Schulgebäude und Ausstattung

Durch die Verlagerung der Horte an die Schulen sind viele Schulen in prekäre räumliche Situationen gebracht worden. Auch das unlängst – in erster Linie zur Stützung der Berliner Wirtschaft – verabschiedete Konjunkturprogramm kam häufig nur den Oberschulen zugute. Grundschulen hatten das Nachsehen, obwohl die lern- und lebensfeindliche Architektur vieler um die Jahrhundertwende erbauten Schulgebäude in der Berliner Innenstadt und der Renovierungs- und Sanierungsbedarf der Grundschulen bekannt ist.

In vielen Innenstadtschulen fehlt es an Klassenräumen in der Mindestgröße von 65 Quadratmeter, an einer ausreichenden Anzahl von Teilungs- und Fachräumen und an geeigneten Räumlichkeiten für eine zeitgemäße außerunterrichtliche Betreuung und vielfältige Förderung. In viel zu kleinen Klassenräumen – teilweise nur 54 Quadratmeter in den Berliner Altbauschulen – fehlt schlichtweg ausreichend Stellfläche für eine der zeitgemäßen Unterrichtsmethodik angepasste Ausstattung mit PC-Arbeitsplätzen, Regalen für die vielfältigen differenzierten Lern- und Übungsmaterialien, Lese- und Experimentierbereiche. Der Vorrang der integrativen Beschulung von Kindern mit Behinderungen ist im Schulgesetz verankert. Die UN-Konvention garantiert allen Menschen mit Beeinträchtigungen das Recht auf gemeinsamen Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen. Dies entfacht derzeit eine Diskussion um eine nicht aussondernde, inklusive Grundschule. Schulen, die sich der Integration von Kindern mit Behinderungen geöffnet haben, erfahren Raumnöte Tag für Tag. Es gibt Grundschulen in Berlin, wo einzelne Kinder oder kleine Gruppen während der Unterrichtszeit in den Fluren lernen und arbeiten, um der Enge ihrer kleinen Klassenräume zu entkommen. Ich vermute, wir brauchen noch einige Konjunkturprogramme, um den Qualitätsanforderungen des Berliner Bildungsprogramms an allen Grundschulstandorten gerecht zu werden.

Der Umgang mit Heterogenität und JÜL

Es gibt die veränderte Schulanfangsphase, entweder die Klassen 1/2 oder 1/2/3 sind jahrgangsübergreifend organisiert. Gleichzeitig wurden die »Vorschulklassen« aufgelöst und der Stichtag der allgemeinen Schulpflicht ohne Rückstellungsmöglichkeiten um ein halbes Jahr vorgezogen. Der Unterricht in altersgemischten Lerngruppen – noch dazu mit fünfeinhalbjährigen Kindern – stellt hohe Anforderungen an die LehrerInnen und die bereitzustellenden Lernarrangements.

Ohne Zweifel fängt der Umgang mit Heterogenität in den Köpfen der PädagogInnen an und Reformen entstehen nicht automatisch, wenn die Rahmenbedingungen optimal sind. Dennoch: Die Qualität der schulischen Arbeit hängt auch maßgeblich von den förderlichen oder hinderlichen Rahmenbedingungen vor Ort ab. Jahrgangsübergreifender Unterricht setzt lerntaugliche Schulräume voraus, Schulräume, die auch den Ansprüchen fünfeinhalbjähriger Kinder gerecht werden. Im jahrgangsübergreifenden Unterricht sollte für einen konstruktiven Umgang mit Heterogenität ein Zweipädagogensystem die Regel sein.

Die Anzahl der Kinder mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten ist groß in den Brennpunktschulen. Alle Grundschulen in sozialen Brennpunkten brauchen deshalb eine Schulstation und die Mitarbeit von SozialpädagogInnen. Geradezu deprimierend empfinde ich die Zumessung von nur sieben AG-Stunden an meiner Grundschule, ermittelt auf Grundlage des Profilbedarfs in den Zumessungsrichtlinien: Anzahl der Kinder multipliziert mit 0,02. Damit ist weder das Profil einer Schule zu schärfen, noch können wir zusätzliche Angebote machen, die die mangelnden kulturellen Angebote und fehlende Förderung im Elternhaus ausgleichen.

Die Arbeitsbedingungen für die PädagogInnen

Statt Stoffverteilungsplänen sind infolge der Nationalen Bildungsstandards kompetenzorientierte Rahmen(lehr)pläne die Ausgangsbasis für die tägliche Arbeit der LehrerInnen im Unterricht. Jede Schule muss ihr Schulprogramm kontinuierlich fortschreiben und regelmäßig evaluieren. Somit entsteht ein hoher Bedarf an Kooperation und Teamarbeit in einer Schule. Drei bis vier Verwaltungsstunden sind gerade zu lächerlich, um allen Anforderungen an eine gute Schule gerecht zu werden. LehrerInnen, die ganztägig an den Grundschulen arbeiten sollen, müssen ausreichend Arbeitsräume und Pausenräume zur Verfügung stehen. Die Arbeitszeitvorgaben der Lehrkräfte beziehungs-

weise die Zeitbudgets für eine Grundschule für die Erledigung aller über das Unterrichten hinausgehender Aufgaben wurden bisher nicht geschaffen. Eine Unterrichtsverpflichtung von 28 Stunden ist zu viel, um den Ansprüchen an guten Unterricht, Unterstützung von Kindern und Beratung der Eltern sowie Schulentwicklung und Vernetzung im schulischen Umfeld entsprechen zu können.

Vertretungsregelung und Personalkostenbudgetierung

Kinder brauchen die Sicherheit, dass zu jedem Zeitpunkt im Verlauf eines Schuljahres Unterricht und pädagogische Förderung durch gut ausgebildete LehrerInnen und ErzieherInnen stattfindet. Das bedeutet konkret: Dem Personalausfall ist eine verlässliche Vertretungsreserve mit gut ausgebildeten Fachkräften vor Ort entgegenzusetzen. Das heißt, jede Schule braucht 105 Prozent Personalausstattung, die Langzeiterkrankten herausgenommen. PKB (Personalkostenbudgetierung) ist nur hilfreich, wenn es um die Vertretung von längerfristig erkrankten Lehrkräften oder ErzieherInnen geht.

Ungeachtet der von vielen Politikern gerne bemühten Anstrengungsrhetorik sind die Bildungsausgaben anteilig am Bruttosozialprodukt in Deutschland im europäischen Vergleich insgesamt zu niedrig. Innerhalb des Bildungssystems sind sie zu Ungunsten des Primarschulwesens verteilt. Manchen Schulen gelingt es dank der Unterstützungspotenziale der Eltern zusätzliche Mittel zu akquirieren, vereinzelt profitieren auch Schulen vom Quartiermanagement in ihren Kiezen. Verlässliche Mittel sind das nicht und vor allem gilt für die Schulen im sozialen Brennpunkt: Zusätzliche Geldquellen sind bei arbeitslosen, schlecht verdienenden Eltern kaum zu erwarten.

Ich möchte deshalb diesen Beitrag mit einem Zitat von Martin Spiewak abschließen: »Ob und wie sinnvoll eine Reform ist, hängt nicht nur von deren Grundidee, sondern auch von den Bedingungen und Umständen ihrer Umsetzung ab. Jede Veränderung, auch diese Grundregel gilt, kostet Zeit, Geld und ist nur dann erfolgreich, wenn die Pädagogen und Pädagoginnen dafür gewonnen werden.« (Die Zeit, 7. August 2008, Nr. 33)

Es gibt eben noch viel für die Berliner Grundschulen zu tun.

ZEICHNUNG: RENATE ALF

Die Guten ins Töpfchen

Entmischung durch Deutsch-Garantie-Klassen

von Gerhard Weil, Vorsitzender Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten

Deutsch-Garantie-Klassen« – seit dem Herbst 2009 wird die Initiative der ehemals »grenznahen« Gustav-Falke-Grundschule in Wedding/Mitte in den Medien heftig zwischen Befürwortern und Gegnern diskutiert. Im Internet findet man gar eine Seite der NPD-Neukölln, die sich für diese schulorganisatorische Überlegung ausspricht und auf Anträge ihrer BVV-Fraktion hinweist, die immer abgelehnt worden seien.

Was sind eigentlich »Deutsch-Garantie-Klassen«?

Zum Zwecke der Attraktivitätssteigerung von Schulen in sozialen Brennpunkten und hohem Migrantenanteil sollen Klassen mit maximal 24 Erstklässlern gebildet werden, die nachweislich gut Deutsch können. Außerdem erhält die Weddinger Klasse eine Englisch-AG und zusätzlichen naturwissenschaftlichen Unterricht. Mittlerweile haben sich bei 39 Anmeldungen an der Gustav-Falke-Grundschule laut »Berliner Zeitung« neben 11 SchülerInnen mit deutscher Herkunft 13 Migrantenkinder mit sehr guten Deutschkenntnissen qualifiziert, die den »Bärenstark-Sprachtest« erfolgreich bestanden haben. Der erhoffte »Run« aus »Alt-Mitte« ist offensichtlich weitgehend unterblieben. Aber bevor diese »Deutsch-Garantie-Klasse« überhaupt angelaufen ist, hat der Bezirk Mitte durch BVV-Beschluss dieses »Modell« (für die westlichen Ortsteile) auf alle Grundschuleinzugsbereiche aus je zwei oder drei Grundschulen ausgeweitet und auch der Bezirk Tempelhof-Schöneberg will sich mit der Einrichtung derartiger Klassen beschäftigen.

FOTO: PRIVAT

Eine Einschätzung aus gewerkschaftlicher Sicht

Zunächst sind »Deutsch-Garantie-Klassen« nur die letzten Glieder einer Kette von Versuchen, an Schulen in sozialen Brennpunkten den Trend der Entmischung zu stoppen, der durch die verfehlte Stadtentwicklungspolitik entstanden ist. Seitdem die US-Idee des »busing« in Deutschland aufgegeben wur-

de, versuchte beispielsweise Otto Höhne an der Kreuzberger Lenau-Grundschule jahrelang »erfolgreich« mit »Offenem Unterricht« und der Aufnahme von ganzen (deutschen) Kinderladengruppen aus anderen Bezirken den Migrantenanteil unter 50 Prozent zu halten. Dementsprechend stieg der Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache an den Nachbarschulen im Kiez. Auch Erhard Laube nutzte für die Spreewald-Grundschule in Schöneberg das Darstellende Spiel als Attraktion für deutsche Eltern. Es gibt eine Reihe weiterer Beispiele.

Immer sollten deutschstämmige Familien aus der weiteren Nachbarschaft angelockt werden, egal welche Probleme diese Kinder mitbrachten. Insofern ist die erste »Deutsch-Garantie-Klasse« ein Fortschritt, denn die Migrantenkinder haben über den Deutschtest eine Teilnahmechance, die sie genutzt haben. In der Folge fehlen die guten SchülerInnen in den Schulen ihrer ursprünglichen Einzugsgebiete, was die Situation dort verschärft. »Was den einen möglicherweise beim Lernen nutzt,

sortiert aber gleichzeitig die aus, deren vor der Schule erworbener Sprachstand mangelhaft ist«, schreibt dazu Inge Hirschmann als Vorsitzende der Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes in ihrem Brief an Senator Zöllner im April 2010.

Außerdem wird gerade mit dem Zulassungstest ein schulischer Offenbarungseid geleistet: Nur das häusliche Umfeld und die Bemühungen um Sprachförderung der Kindertagesstätten sollen ausreichen, Migrantenkinder für diese neuen Klassen sprachlich zu qualifizieren. Deutsch als Zweitsprache oder Sprachförderung in der Schule wird offensichtlich als wirkungslos und irrelevant angesehen. Das bedeutet in der Konsequenz die Privatisierung des Spracherwerbs Deutsch vor allem auch für Migrantenkinder. Irgendwie folgerichtig, wenn man sieht, wie die organisatorischen Bedingungen und Vorgaben zur Erteilung von Sprachförderunterricht in das Belieben der Einzelschule nach dem Motto »anything goes« ohne Erfolgskontrolle gestellt werden.

Nach Auffassung des Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW BERLIN (LAMA) sollten die Erfahrungen der Gustav-Falke-Grundschule abgewartet werden, eine sofortige Ausweitung dieses Versuchs ist voreilig und nur ein Beweis der Ratlosigkeit der Bildungspolitik gegenüber der demografischen Entwicklung in Ballungsgebieten und der Konzentration von ungünstigen Bildungsvoraussetzungen in bestimmten Quartieren. Die »Deutsch-Garantie-Klassen« sind kein zukunftsweisendes Modell für Berlin, weil Selektion und Flucht eine große Rolle spielen.

Gibt es Alternativen?

Fraglos müssen Schulen in sozialen Brennpunkten durch zusätzliche Personal- und Finanzaufwendungen im erheblichen Umfang attraktiver gemacht werden. Nur so lässt sich der gezielte Wegzug oder die Ummeldung von Kindern aus bildungsorientierten Elternhäusern mit deutschem oder migrantischem Hintergrund verhindern. Also erkennbare Frequenzsenkungen, zusätzliche Förderung und Finanzmittel, attraktive Schulprogramme, Zusatzangebote und kiezbezogene, vernetzte Elternarbeit wie an der Kreuzberger Fichtelgebirge-Grundschule. Außerdem ist es an der Zeit, das desaströse faktische DaZ-Sprachförderkonzept der tausend Blumen, die niemand sieht, auf seine Wirksamkeit hin zu evaluieren – falls es denn zu finden ist. Eine Erfolgsgeschichte ist es sicherlich nicht, solange es vor allem zum Lückenstopfen aller Art dient.

Solange der Senat keine überzeugende Konzeption zur Stadtentwicklung im Sinne einer verhinderten »Entmischung« in sozial problematischen Wohngebieten vorlegt, ist die Bildungspolitik aufgerufen, diesen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Mehr Geld und Personal an Brennpunktschulen sind mit Sicherheit ein tendenziell erfolgsversprechenderer Weg, um aus diesen Schulen »Magnetschulen« zu machen. »Deutsch-Garantie-Klassen« bleiben dabei hoffentlich nur eine Marginalie, die nicht allzu viel Schaden anrichtet und ein vernünftiges Konzept ganz sicher nicht ersetzt.

FOTO: IMAGO/BLICKWINKEL, ZEICHNUNG: RENATE ALF

Man spricht Deutsch

Über die Unvereinbarkeit von Deutsch-Garantie-Klassen und Inklusion

von Friederike Terhechte-Mermeroglu, Pädagogin an der Hunsrück-Grundschule

Schulinterne Selektion nach Sprachstand schon zum Eintritt in die Berliner Grundschule, wie das jetzt einige Schulen planen, kann wohl nur als reines Armutszeugnis der Berliner Schule gewertet werden – und als ein Rassismus, der von Hilflosigkeit, Unkenntnis der Ursachen und den jahrelangen Versäumnissen der verantwortlichen Stellen zeugt. Eine pädagogische Entscheidung, die das Wohl aller Kinder und das Recht auf Bildung aller im Blickfeld hat, kann nicht Grundlage einer solchen Entwicklung gewesen sein.

Wenn die gemeinsame Erziehung und Bildung aufgrund der Umfeldbedingungen nicht den Ansprüchen gerecht werden kann, dann ist nicht Ausgrenzung die Lösung. Es muss doch ein jeder sehen, dass nur massive Anstrengungen aller ein gesellschaftlich und menschlich vertretbarer Weg sein kann. Aufgerufen sind hier insbesondere diejenigen, die die finanziellen und fachlichen Mittel zur Veränderung zur Verfügung stellen können und müssen.

Artikel 3 unseres Grundgesetzes lautet: »Niemand darf wegen (…) seiner Sprache (…) benachteiligt oder bevorzugt werden.« Im Paragraf 2 Absatz 1 des Berliner Schulgesetzes mit der Überschrift ‚Recht auf Bildung' heißt es: »Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, einer Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner Erziehungsberechtigten.«

Der Bärenstark-Test, dessen Bestehen als Eingangsvoraussetzung für die »Deutsch-Garantie-Klassen« gelten soll, wird von anerkannten Linguisten wie Prof. Dr. Konrad Ehlich als ein eher ungeeignetes Instrument eingestuft, um die individuelle Sprachentwicklung von Kindern auch nicht deutscher Herkunftssprache einzuschätzen. Daraus ergibt sich meines Erachtens die Frage, wie der Berliner Schulsenat einer Entwicklung der Segregation mit der Genehmigung und Unterstützung solcher Projekte wie »Deutsch-Garantie«-Klassen Vorschub leisten kann.

Für die Anstrengungen der zahlreichen Projekte in Berlin, die sich mit ihrem Bemühen um die gemeinsame Bildung aller im Konsens mit den gesellschaftlichen und menschlichen Rechten und Pflichten als gesamtgesellschaftlichen Auftrag auszeichnen, ist die Unterstützung des Senats für ein Projekt, das nur in die gegenteilige Richtung weisen kann, eine Ohrfeige.

Bleibt zu fragen, wie ehrlich es der Senat mit seinem Vorstoß zur Inklusion meint, dem Anspruch der gemeinsamen Bildung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen und ihrem Recht, nicht getrennt von anderen unterrichtet zu werden, sondern am gemeinsamen Schulleben teilzunehmen, wenn die Eltern dies wünschen. Oder wird es in Berlin Mitte bald Klassen geben, die nicht nur nach sprachlichen Gesichtspunkten sortiert sind?

FOTO: ARCHIV, ZEICHNUNG: REMATE ALF

FörderschülerInnen sind Förderkinder

Der Förderbedarf besteht für den ganzen Tag

von Gökhan Akgün, Pädagoge in einer Berliner Grundschule

FOTO: PRIVAT

Gökhan Akgün

Liebe KollegInnen, ihr müsst euch vorstellen, ihr habt 20 Kinder, davon sind drei sozial-emotional auffällig, ihr seid ganz allein mit den Kindern und die Kinder drehen gewaltig am Rad.

Nicht zu vergessen, dass die Spielsituation im Vergleich zur Unterrichtssituation, die ja in der Regel bestimmten Organisationsformen unterliegt, weit mehr soziale Kompetenz erfordert. Genau da hakt es aber bei diesen Kindern. Dabei könnte gerade auch das Spielen zur Förderung und Aneignung von sozialer und kommunikativer Kompetenz und von Konzentrationsfähigkeit eingesetzt werden. Leider muss ich annehmen, dass dies dem Senat nicht bewusst ist. Denn eigentlich wäre es ein Leichtes, den Förderbedarf, der für den Unterricht festgestellt wurde, auf die außerunterrichtlichen Bereiche zu übertragen und in der Konsequenz dafür dann auch Personal, zum Beispiel IntegrationserzieherInnen, zur Verfügung zu stellen. So einfach aber macht es der Senat nicht.

Wer im Unterricht Förderstunden im Bereich »emotionale und soziale Entwicklung« hat, hat denselben Bedarf in der unterrichtsfreien Zeit. Oder anders gesagt: Will der Ganztag Bildungsdefizite aus Elternhäusern ausgleichen, brauchen nicht nur die SchülerInnen besondere Förderung, sondern eben auch das Kind im außerunterrichtlichen Bereich.

Das Beantragungsprozedere und seine Folgen

Für den Unterricht: Die Eltern des Kindes stellen einen Antrag auf besondere Förderung. Ein Ambulanz-Lehrer guckt sich das Kind an, der Klassenlehrer schreibt einen Bericht.

Für den außerunterrichtlichen Bereich bedarf es eines zweiten Gutachtens und weiterer Behördengänge. Für Eltern und Kinder ist das eine nicht leicht zunehmende Hürde – die Frage ist, wozu?

Die Eltern des Kindes werden in die Schule eingeladen und die Beobachtungen werden den Eltern mitgeteilt. Die PädagogInnen raten den Eltern einen Antrag beim Kinder und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD), für die Förderung im Bereich emotionale und soziale Entwicklung für den unterrichtsfreien Bereich zu stellen, damit dem Kind in seiner Entwicklung geholfen werden kann.

Die Eltern müssen beim zuständigen Dienst anrufen und einen Termin vereinbaren. Die ErzieherInnen werden von der Schweigepflicht entbunden und schreiben einen detaillierten Bericht über das Kind und füllen den Prüfbogen des Dienstes aus.

Die Schulleitung und die koordinierende ErzieherIn werden über den Bericht in Kenntnis gesetzt, eventuelle Änderungen werden vorgenommen und der Bericht wird zum zuständigen Dienst gefaxt. Der KJPD prüft nochmals, will gegebenenfalls noch einige nähere Erläuterungen.

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst lädt, wenn es schnell geht, die Eltern nach etwa zwei Monaten für ein Gespräch ein.

Danach stellt er fest, dass das Kind von einer seelischen Behinderung auch in unterrichtsfreien Zeiten bedroht ist und es im Bereich soziale und emotionale Entwicklung gefördert werden muss. Das Schreiben der KJPD trifft irgendwann ein und wird zusammen mit den Berichten und Prüfbogen zur zuständigen Schulaufsicht gefaxt. Die Schulaufsicht möchte in der Regel nähere Erläuterungen von den ErzieherInnen haben. Noch ein Bericht wird verfasst und zur Schulaufsicht gefaxt. Irgendwann trifft das Ergebnis ein, wie viele Stunden für die Förderung des Kindes zur Verfügung stehen. Doch Moment, da die Schulaufsicht immer ein Schuljahr im Voraus plant, heißt das, dem Kind steht die Förderung erst im nächsten Schuljahr zu.

Die Schule ruft bei der Schulaufsicht an und erinnert noch mal, dass sie immer noch keinen Integrationserzieher oder keine Heilpädagogin haben. Die Schulaufsicht antwortet, dass ja jetzt die Stunden genehmigt seien, es dafür aber keine neuen PädagogInnen gäbe, im Tenor: Irgendwie werden Sie das schon schaffen, Sie müssen allein sehen, wie Sie das klarkriegen.

Diese Auskunft ist mehr als unbefriedigend. Meint der Senat es ernst mit den Zielen zum Ausbau des Ganztags, dann muss er konsequenterweise die sonderpädagogische Förderung in allen Bereichen der Schule anerkennen und personell unterfüttern. Letztlich dient das dem Wohle des Kindes und der Glaubwürdigkeit von Konzepten, die den Nachteilsausgleich und Chancengleichheit einfordern

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER, ZEICHNUNG: RENATE ALF

Fortsetzung von Seite 5

Die Qualität der Arbeitslehre in einer Schule hängt auch von der Schulleiterin ab. Nicht dass sie selbst »putzige Vogelhäuschen« baue, das kann sie sowieso nicht, aber sie könnte sich um gut ausgebildeten Arbeitslehre-Lehrer/Referendare bemühen. Hätte sie dies getan, wäre sie jetzt aufgeklärter. So aber freut sie sich über einen Berufswahlpass, der von niemand mehr ernst genommen wird, über die längst ad absurdum geführte Aufteilung in Partikularfächer, über das Auslagern von Schülern an »Maßnahmen« (oft Langzeitarbeitslose) und sie applaudiert den Schülerbetrieben, die zu 80 Prozent Imbissbuden sind. Gut gemeinte Empfehlung an die Exschulleiterin: Beschäftigen Sie sich mal (verspätet) mit der 40 Jahre alten Tradition der Arbeitslehre. Dann wüssten Sie, wie ein gemeinsam geplantes Werkstück, das die Koordination von Kopf und Hand erzwingt, die Berufswahlreife fördert.

Günter Reuel

Interview Loki Schmidt in SenioRita, *April/Mai-blz*

Das Interview mit der ganz schön fitten »alten« Fr. Schmidt an dieser Stelle in dieser Zeitung hat mich zumindest erstaunt. Was soll es GewerkschafterInnen vermitteln? Das müssen mir Junge oder Alte plus oder minus 55 bitte mal erklären?

Michaela Ghazi

Interview Loki Schmidt in SenioRita, *April/Mai-blz*

Wir, die Jungen Alten in der GEW, finden: Loki Schmidt bei Beckmann hat nichts in der blz und schon gar nichts in der Seniorita zu suchen. Wir möchten eines klarstellen: Von uns JAs wusste niemand, dass dieses Interview erscheinen wird. Für die April-Seniorita war mit uns ein ganz anderes Interview abgesprochen. Wir waren fast alle in Berlin erreichbar, ein Anruf hätte genügt und wir hätten eine/n interessante/n InterviewpartnerIn aus unseren Reihen geschickt und uns in jedem Fall mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen das Loki-Interview gewehrt.

Wir finden diesen Abdruck voll daneben, weil wir mit den Seniorita-Interviews ältere GEWlerInnen aus ihrer gewerkschaftlichen, politischen, pädagogischen und persönlichen Vita, aber auch über ihr noch bestehendes Engagement in unterschiedlichen Bereichen wie Frieden, Umwelt, Gewerkschaft usw. berichten lassen wollen. Stattdessen wird der knappe Seniorita-Zeilenraum gefüllt mit Schilderungen über Lokis Rücken-, Knie- und Schlafprobleme, ihre Überlegungen, ob dem Altkanzler Blumen- oder Rosenkohl serviert werden soll. Die Probleme, die zugegebenermaßen für eine 90-Jährige Bedeutung haben, gehören aber nicht in unsere Seniorita. Diese dreimal jährlich erscheinende blz-Einlage für das gehobene Alter ist für uns Junge Alte »unsere« Zeitung, d.h. hier wollen wir die 55+ GEW-Mitglieder über unsere Aktivitäten, z. B. Themenabende, Demos, Veranstaltungen, Chorgründung u. ä. informieren und das nicht zuletzt mit der Intention zu zeigen, dass die GEW auch für nicht mehr berufstätige Mitglieder einiges im Angebot hat, weshalb sie auch Mitglieder bleiben und MitmacherInnen bei uns werden sollen.

Lore Albrecht, Eva-Maria Besler, Reinhard Brettel, Joachim Dillinger, Dagmar Ebmeyer, Barbara Henke, Beate Huhs, Brigitte Lietzau, Marianne Pousset, Monika Rebitzki, Hans Reppekus

Interview Loki Schmidt in SenioRita, *April/Mai-blz*

Wenn die blz eine SenioRita-Einlage hat, lese ich die immer zuerst, weil ich auch bald in den Ruhestand gehe. Sehr interessant und informativ fand ich da den »Stolperstein-Artikel«. Aber dann traute ich meinen Augen nicht: Loki Schmidt jammert im Interview mit Beckmann über ihre gesundheitlichen Probleme. Die Frau war doch ganz früher auch mal Lehrerin. Wenn schon diese Frau, warum dann nicht wenigstens Dönekes aus ihre Lehrerinnen-Vergangeheit? Auf wieder interessante SenioRita-Interviews hofft

Christiane Pafferott

Interview Loki Schmidt in SenioRita, *April/Mai-blz*

Angeregt durch die dramaturgisch hervorragende Präsentation zur Altersstruktur des gemeinen, aber auch des funktionierenden GEW-Mitglieds im Rahmen der letzten Delegiertenversammlung wurde mir bewusst: Mensch, Junge du gehörst doch auch schon zu der Altersstufe, für die in der blz eine Beilage existiert – die SenioRita. Also setzte ich mich abends bei einer Tasse Gesundheitstee in meinen noch nicht ganz altersgerechten Sessel und las. Jedoch: Das Interview mit Loki Schmidt – ist das wirklich das Niveau in dem Mittfünfziger angesprochen werden wollen? Wenn ja, dann habe ich noch einen heißen Tipp für euch: Die Gattin unseres derzeitigen Bundespräsidenten, Frau Köhler, war auch früher Lehrerin.

H. Jürgen Rausch, Friedrichshain-Kreuzberg

Ein Schritt in die richtige Richtung, *März-blz 2010*

Erfahrene Gewerkschaftskollegen nehmen Stellung und diffamieren einen ganzen Schulzweig, einschließlich der Menschen, die dort ihre Arbeit unter schwierigsten Bedingungen leisten. Man mag der »Sonderschule« kritisch gegenüberstehen oder sie sogar für verzichtbar halten. Aber ihnen pauschal »unzureichende Erfolge hinsichtlich der Förderung ihrer Schüler« zu attestieren ist nicht nur unsolidarisch gegenüber den dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen, es ist schlichtweg unwissenschaftlich und falsch. Wer gibt den »SprecherInnen« eigentlich das Mandat, Sonderpädagogen aus der Gewerkschaft zu vertreiben?

Jens-Jürgen Saurin, Schulleiter der Adolf-Reichwein-Schule in Berlin-Neukölln, Gewerkschaftsmitglied seit 1971

Leserbrief Johanna Sauerbaum-Grantzow zur Titelseite der *März-blz*: Frauen nach oben

Die gleiche Assoziation hatte ich auch beim Titelbild! Leni Riefenstahl, deutscher Faschismus, Unantastbarkeit der deutschen Rasse. Besonders ärgerlich für mich allerdings, weil Elisabeth Jiptner (grafische Umsetzung) und ich (Text), die Anzeige »Oben ist der beste Überblick« konzipiert hatten. Die Umgestaltung wurde von der blz-Redaktion vorgenommen, ohne uns davon in Kenntnis zu setzen. Schade, dass Johanna Sauerbaum-Grantzow kein Fan vom Frauenförderplan ist. Vielleicht finden die von den Frauenvertreterinnen verfassten Artikel und die Anzeigengestaltung in der Juli/August-blz zum Thema Gesundheit und Arbeitsbelastung bei ihr mehr Zuspruch.

Elke Gabriel, Frauenvertreterin in Tempelhof-Schöneberg

Kostenneutral auf unsere Kosten

Die Änderung der Verordnung gymnasiale Oberstufe

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

von Michael Brüser, Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien

Im Februar dieses Jahres kündigte die Senatschulverwaltung eine Änderung der VOGO an. Die Änderung trägt der Tatsache Rechnung, dass durch die Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre an den Gymnasien weitere Kurse von den SchülerInnen besucht werden müssen. Statt 56 Wochenstunden müssen sie nun 66 Wochenstunden in den beiden Jahren der jetzt zweijährigen Oberstufe besuchen. Damit wird die KMK-Vorgabe von 265 Wochenstunden auch in Berlin erfüllt. Die Erweiterung der Stundentafel in der Sekundarstufe I reichte dazu nicht aus.

Die Diskussion entbrannte vor allem vor dem Hintergrund, wie dieser Verpflichtung nachzukommen sei und wie viele Kurse einzubringen seien. Die anfängliche Wankelmütigkeit bezüglich der Einbringeverpflichtung für die Abiturqualifikation ist nun so beantwortet worden, dass es eine Gleichbehandlung aller AbiturientInnen sowohl an den Gymnasien als auch an den anderen Schulformen geben wird. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Leider sind Vorschläge für eine andere Belegverpflichtung der Stunden nicht beachtet worden. Vorgeschlagen worden ist, dass die Leistungskurse von fünf auf sechs Stunden erweitert werden. Auch die Grundkurse hätte man von drei auf vier Stunden erweitern können. Das ist schulorganisatorisch nicht leicht zu lösen, hätte aber vor allem die qualitative Seite der Ausbildung gestärkt.

Diese Vorschläge sind mit Verweis auf existierende KMK-Vorgaben und Gleichbehandlung von SchülerInnen an den anderen Schulformen abgelehnt worden. Diese Begründung übersieht allerdings, dass an den anderen Schulformen durch die dort weiterhin bestehende Form eines dreijährigen Bildungsganges in der gymnasialen Oberstufe mehr Unterricht zur Verfügung steht.

Letztendlich kann die erhöhte Belegverpflichtung durch ein Absitzen in weiteren Grundkursen oder die Einrichtung von Zusatzkursen bewältigt werden. Vor allem Letzteres bedeutet für die Schulorganisation einen erheblichen Mehraufwand und für die in der gymnasialen Oberstufe unterrichtenden KollegInnen eine weitere Arbeitsverdichtung.

Dass jetzt in der neuen VOGO davon die Rede ist, dass für die Bewertung dieser Zusatzkurse auch andere Formen möglich sind, zum Beispiel Projektarbeit und Präsentationen, ist konsequent und begrüßenswert, fördert dies doch gerade die Kompetenzen, die immer gefordert werden. Allerdings betreten viele KollegInnen auch hier Neuland. Konsequenter wäre es gewesen, jeder SchülerIn die Verpflichtung aufzuerlegen, einen Seminarkurs zu besuchen, denn vor allem dort wird die wissenschaftspropädeutische Arbeit gefördert. Eine Entlastung für die Mehrarbeit hätte aber die Folge sein müssen.

Die angekündigte Erhöhung des Oberstufenfaktors innerhalb der Zumessungsrichtlinien von 1,67 auf 1,95 für den zweijährigen gymnasialen Bildungsgang sollte eigentlich die zusätzlichen Belastungen ein wenig ausgleichen, die durch den Doppeljahrgang entstehen. Im nächsten Jahr gehen die SchülerInnen der Klassenstufe 10 und 11 gemeinsam in diesen Bildungsgang. Dass nun von dieser viel zu geringen Erhöhung ein gehöriger Teil für die Abdeckung der notwendigen weiteren Kurse Verwendung finden wird, halten wir für unlauter. Die Ankündigung einer Belastungskompensation wird damit konterkariert. Deshalb fordern wir von der Senatsschulverwaltung nicht nur, den Faktor zu erhöhen, sondern diesen für die gesamte gymnasiale Oberstufe zu erweitern. Dass aufgrund des erhöhten Faktors zusätzlich Lehrkräfte eingestellt werden müssen, scheint man in der Schulverwaltung nicht mitbekommen zu haben, die Castings laufen im Juni (!) an. Langfristige Planung sieht anders aus.

Möhrchen extra fein

Statt Expressabitur soll es jetzt Hochbegabtenklassen geben

FOTO: PRIVAT

von Wolfgang Harnischfeger, Schulleiter i.R.

Wer geglaubt hatte, die Strukturdebatte sei vorläufig mit der Entscheidung für das zweigliedrige Schulsystem abgeschlossen, hat sich geirrt. Nun geht es um Hochbegabtenförderung, vorgeschlagen und mit Nachdruck gepuscht von Gymnasialschulleitern, denen ihr liebstes Kind, die Schnellläuferklassen, abhandenkommt, weil ein Expressabitur mit 16 Jahren durch die generelle Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre sinnlos geworden ist.

Deshalb schlagen nun drei Schulleiter vor, an ihren Schulen neben den Normalklassen künftig eigene Hochbegabtenklassen einzurichten, in denen der Regelunterricht in den Jahrgängen fünf bis zehn um fünf Stunden gekürzt wird, weil die Schüler den Stoff in kürzerer Zeit lernen. Dafür sollen sie Zusatzangebote erhalten, zum Beispiel ein Theaterprojekt auf Englisch, Experimentierkurse oder mathematische Knobeleien.

Meine Probleme mit dem Vorschlag kommen von innen, aus dem Gymnasium selbst. Unter den gegebenen Bedingungen bin ich ein Befürworter der Zweigliedrigkeit. Nachdem die Existenz des Gymnasiums politisch auf Jahre hinaus festgeschrieben wurde, denke ich, dass das Gymnasium seine neue Identität im zweigliedrigen Schulsystem vorrangig über einen Leistungsbegriff definieren muss, der an den oberen Kompetenzstufen orientiert ist. Alle Kinder haben ein Recht auf optimale Förderung, also auch die Hochbegabten. Es geht keinesfalls darum, Spitzenleistungen zu verteufeln, im Gegenteil: Begabungsförderung ist die wichtigste Aufgabe aller Gymnasien, oder sie werden zu Dinos, die aus der Zeit gefallen sind.

Mit dem Begriff Hochbegabung wird jedoch auch viel Schindluder getrieben. Ich habe in meiner langjährigen Tätigkeit als Schulleiter eines Gymnasiums in einem bürgerlichen Bezirk zu oft erlebt, dass die Hochbegabung das Problem der Eltern war, nicht das der Kinder. Wenn Emilia mit drei Jahren ihren Vater im Memory schlägt und sich dann noch mit fünf die Zahlen bis zehn selbst beibringt, wird sie zu einem Test geschleppt, der umgehend die Hochbegabung feststellt, und ab dann hat das Kind ein Problem. Es wird behandelt wie eine Aktie mit Gewinnaussicht, es muss den Erwartungen der Eltern gerecht werden, und wehe, wenn nicht! Natürlich kenne ich die Veröffentlichungen, nach denen bis zu zwei Prozent der Bevölkerung hochbegabt sind, was zunächst einmal nur bestätigt, dass diese Kinder im kognitiven Bereich gute Testergebnisse erzielen, und nichts über ihre emotionale, soziale oder künstlerische Intelligenz aussagt. Aber wir haben in der Schule einen ganzheitlichen Erziehungsauftrag, und da ist es schädlich für Kinder, wenn sie von den anderen separiert werden, und es ist schädlich für den Rest, wenn er sich als Rest erlebt, bei dem es sich nicht lohnt, in ihn dieselben Ressourcen zu investieren wie in die Klasse nebenan. Hochbegabtenklassen laufen auf ein Gymnasium im Gymnasium hinaus, wobei die drei Schulen infolge ihrer grundständigen Klassen schon jetzt eine ausgelesene Schülerschaft haben. Man wird den Verdacht nicht los, dass sich hier einige wenige einen zusätzlichen Wettbewerbsvorsprung sichern wollen, und logischerweise stünden am Ende der Entwicklung drei Kompetenzzentren für Hochbegabung, weil die Schule in der Schule nicht dauerhaft funktionieren wird.

Gegen eine solche Entwicklung spricht auch der Stand der Forschung. Jürgen Baumert hat erst kürzlich nachgewiesen, dass es zur Förderung besonderer Begabungen keiner Spezialklassen bedarf, weil sich das Potenzial der Kinder überall durchsetzt. Es ist längst erwiesen, dass Heterogenität auch inhaltliche Vielfalt erzeugt, wobei ich einräume, dass es dabei Grenzen gibt, die aber im Normalgymnasium nicht unterschritten werden. Unterschiedliche Schüler erfordern jedoch vom Lehrer unterschiedliche Lernangebote, was mit dem bisherigen fragendentwickelnden, lernzielorientierten Verfahren nicht zu leisten ist und ein Umdenken erfordert. Binnendifferenzierung als Unterrichtsprinzip auch im Gymnasium ist hier die zeitgemäße Antwort! Ist es das, was diese Kollegen fürchten, dass sie sich selbst bewegen müssten und deshalb lieber die Schüler sortieren würden? Wäre es nicht so, dass solche Klassen nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrkräfte nach guten und weniger guten sortieren, und würden sich nicht automatisch alle Ressourcen der Schule auf diese Klassen konzentrieren, und wäre es nicht logisch, für diese Klassen, da sie besondere Angebote brauchen, auch zusätzliche Mittel zu fordern, die an anderen Stellen fehlen?

Die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr stellt für alle Schüler zunächst einmal eine Herausforderung dar, von der wir noch nicht wissen, wie sie sie bewältigen und vor allem, was dafür auf der Strecke bleibt, womit insbesondere alle musischen, sportlichen, künstlerischen und gesellschaftlichen Aktivitäten gemeint sind. Kinder, die aus eigenem Potenzial heraus schneller lernen als andere, werden häufig früh eingeschult, sind eher in der Grundschule als am Gymnasium unterfordert, überspringen häufig eine Klasse, sind also immer die Jüngsten und haben deshalb oft Akzeptanzprobleme in ihrer Gruppe. Sie zu fördern und ihre Begabung auszuschöpfen durch einen verstärkt handlungs-und prozessorientierten Regelunterricht und durch Zusatzangebote im Bereich von Sport, Musik und Theater, wäre sinnvoll. Aber dafür muss man sie nicht sortieren wie Gartengemüse und »Möhrchen extra fein« aus ihnen machen. Sie aus der sozialen Vielfalt herauszuholen, würde ihre Einseitigkeit nur noch unterstützen und sie eher verarmen lassen als sie fördern, auch wenn sie sich in vier Sprachen dazu äußern könnten.

Beruhigungspillen oder echte Fortschritte

Hochschultag der GEW über die Studienreform in Berlin

FOTO: PRIVAT

von Larissa Klinzing, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität Berlin

Fast seit einem Jahr wird dank der studentischen Proteste die Frage der Studienreform nach zehn Jahren des Bologna-Prozesses an den Hochschulen, in der Politik und in den Medien diskutiert. Der dritte Bildungsgipfel im Mai, diesmal ohne Frau Merkel, Sondersitzungen der KMK und HRK, Kongresse und neue Berichte vermitteln den Eindruck »es geht voran!« und nähren die Hoffnung »es wird besser«. Wie wirksam und wie nachhaltig sind diese Veränderungen tatsächlich? Werden kleine Zugeständnisse gemacht und in einer großen Rhetorikwelle die »Beruhigungspillen« gegen studentische Forderungen und vielleicht für das eigene schlechte Gewissen verteilt?

Nach den ersten Aktionen im Sommersemester 2009 erklärte die Bundesbildungsministerin Schavan (Presseerklärung vom 7. Juli 2009), dass sie folgende konkrete Punkte für zentral und vordringend hält:

- Die Verbindung der Studienstrukturreform mit der Erneuerung der Curricula.
- Ein stärkeres Angebot der länger als sechssemestrigen Bachelor-Studiengänge, insbesondere an den Universitäten.
- Die Erleichterung und Vereinfachung des Überganges vom Bachelor zum Master.
- Eine wesentliche Verbesserung der Betreuung und der Beratung der Studierenden.
- Die Überprüfung der Arbeitsmarktchancen der Bachelor-Abschlüsse.

Bei diesen Absichten ist es bis heute auch geblieben. Die Politik hat an die Hochschulen appelliert, ohne die notwendigen Ressourcen für ein besseres und breiteres Studienangebot, für die bessere Betreuung und Beratung der Studierenden oder leichtere Übergänge von Bachelor zum Master bereitzustellen. Statt strukturell und personell die Aufwertung der Lehre gegenüber der Forschung in Angriff zu nehmen, sind Preise und Wettbewerbe mit überschaubarer Wirkung ausgeschrieben worden. Sicherlich sind die tief greifenden Reformen nicht schnell zu realisieren. Sie können aber schnell diskreditiert werden, wenn nur das angegangen wird, was nichts kostet oder die bestehenden Strukturen unverändert lässt.

Die Partizipation der Hochschulmitglieder vor allem der Studierenden an

BOLOGNA IN BERLIN – (WIE) KANN DAS GELINGEN?

GEW-Hochschultag im Senatssaal der Humboldt-Universität am **Freitag, 11. Juni 2010 von 14 bis 21 Uhr.** Programm u. Anmeldungen unter www.gew-berlin.de/wissenschaft

den Entscheidungsstrukturen der Hochschulen kann nicht verbessert werden, wenn die Kompetenzen und Bedeutung der Gremien der Hochschulen zurückgedrängt werden, die Lufthoheit über die Inhalte der Hochschulpolitik und die Kontrolle über die Steuerung der Hochschule in den Händen von immer Wenigeren verbleiben. Hier und da wird noch über manche Anträge und Vorlagen in den Gremien gestritten, aber kaum noch über deren Realisierung diskutiert. Die Motivation, in den zeitaufwendigen Gremien mitzuarbeiten und kaum Einfluss auf die Hochschulrealität ausüben zu können, geht seit Jahren zurück. Die Personaldecke in den Statusgruppen der Studierenden und des akademischen Mittelbaus bei der gleichzeitigen externen wie internen Erosion der Gremien hat schon lange ihre kritische Grenze erreicht. Die studentische Reformbewegung der letzten beiden Semester hat neue Impulse in die hochschulinterne Demokratie gebracht und neue Akteure mobilisiert: Viele Fachschaften sind neugegründet worden. Transparente, effektive und hilfreiche Kommunikations- und Aktionsstrukturen der Studierenden könnten die Demokratie an den Hochschulen wiederbeleben, wenn diese Reform zum Anliegen aller Statusgruppen wird. Es ist die große Chance und die Gefahr zugleich, dass sie vertan wird.

Die studentische Reformbewegung der letzten beiden Semester hat neue Impulse in die hochschulinterne Demokratie gebracht und neue Akteure mobilisiert.

Um die Reformbewegung praktisch zu unterstützen, die Selbstverwaltungsgremien zu stärken und mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, wird am 11. Juni 2010 in der Wiederbelebung der alten Tradition der GEW-Hochschultag »Bologna in Berlin – (wie) kann das gelingen?« veranstaltet. Hier haben wir den Raum, über die Erfahrungen mit der Studienreform zu diskutieren, unterschiedliche Positionen auszutauschen, neue und alte Verbündete zu treffen, gemeinsame Forderungen zu verabreden. Wir wollen die Gremien in den Hochschulen stärken und zugleich den hochschulpolitischen Raum Berlin-Brandenburg als Ganzes denken. Studierende und Lehrende, Hochschulexperten, VertreterInnen der Hochschulleitungen, der Politik und der Gewerkschaft sorgen für ein interessantes Programm.

Anmeldung unter: www.gew-berlin.de/hochschultag.htm

Neues Modell, aber nicht mehr Geld

Der Wissenschaftssenator will ein neues Finanzierungssystem durchsetzen

FOTO: ELKE WEISS

von Heidi Degethoff de Campos, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Berlin

Seit einigen Wochen tourt der Senator für Wissenschaft und Forschung, Jürgen Zöllner, durchs Land und verkündet die frohe Botschaft, dass es ihm gelungen sei, für die Hochschulen der Stadt das modernste und zukunftsorientierteste Finanzierungssystem zu installieren. Dieses sogenannte Preismodell versetze die Hochschulen quasi in die Lage, die Höhe ihres Budgets über die eigene Leistungsbereitschaft selbst zu bestimmen.

Mal ganz abgesehen davon, dass die Suggestion, es bestünde die Möglichkeit der Erzielung großer zusätzlicher Summen schon deswegen fehl geht, weil die Verteilung der Finanzmittel auf die Hochschulen schon von vornherein festgelegt ist, unterschlägt diese Behauptung auch, dass nicht unbedingt die Leistungen der Hochschulen zu wünschen übrig lassen, sondern deren Leistungsfähigkeit durch die Mittelkürzungen der vergangenen 15 Jahre erheblich eingeschränkt ist. Die Vorstellung des Senators, die Hochschulen müssten nur die richtigen Anreize bekommen, um endlich ihre Aufgaben zu erfüllen, scheint mir eine sehr altmodische, paternalistische und hierarchiebewusste zu sein, die dem modernen Modell der autonomen Hochschule nicht entspricht. Zu dieser strukturellen Problematik kommt noch die bedenkliche Unterfinanzierung, die es den Hochschulen außerordentlich schwer macht, die Summen für die neuen Tarifabschlüsse (es kommt zu Fehlbeträgen zwischen acht und zehn Millionen Euro) aufzubringen. Denn das neue Modell ermöglicht den Hochschulen keinerlei Freiräume oder Flexibilität, um beispielsweise zwischen Personal- und Sachmitteln zu switchen. Hierzu ein Blick auf die »Grundarchitektur«:

- Auf der Basis der Leistungsdaten von 2008 wurde ein Preismodell entwickelt, das den Plafond für 2010 darstellt. Darauf wiederum soll inklusive der zu erwartenden Leistungsdaten für 2010/11 und den vereinbarten Preisen das Zielbudget für 2012/13 aufbauen.
- Anstelle des bisherigen Dreikreismodells (für Universitäten, Fachhochschulen und künstlerische Hochschulen) wird es nur ein Einkreismodell geben (das allerdings in sich differenziert sein soll).
- Es besteht aus drei Hauptsäulen: 1. Einem Sockel (= Grundfinanzierung) in Höhe von 35,0 Prozent, 2. Der Säule Lehre/Weiterbildung in Höhe von 27,2 Prozent, 3. Der Säule Forschung in Höhe von 32,5 Prozent, Gleichstellung/Diversity in Höhe von 5,3 Prozent. Für den Sockel ist eine Steigerung von 1,3 Prozent/Jahr ab 2010 vorgesehen, für die Säule Lehre 4 Prozent für 2011 und 9 Prozent für 2012, für die beiden anderen Bereiche wird es keine Steigerungen geben.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 26*

Im Rahmen des 35-Prozent-Sockels sollen die Hochschulen ihre gesetzlichen Aufgaben wie Besoldungen, Gehälter, Pensionen, Beihilfen, Ausbildung finanzieren, wobei die Basisfinanzierung je Strukturprofessur bei 50 Tausend Euro für die Rechts-, Sozial- und Geisteswissenschaften und bei 100 Tausend Euro für die Natur- und Ingenieurwissenschaften liegt. Wenn man weiß, dass die Hochschulen schon seit Jahren mit 80 Prozent ihrer Finanzzuschüsse beim Personal festgelegt sind, erscheint ein Sockelbetrag in Höhe von 35 Prozent eher befremdlich.

Kopfgeld für AbsolventInnen

Für die Säule Lehre wurden Parameter festgelegt, mit denen fächergruppenspezifische Preise für den Studienverlauf erzielt werden können, davon je 33,3 Prozent für Studierende im ersten Hochschulsemester, für Studierende in der Regelstudienzeit und für AbsolventInnen (gewichtet nach Abschluss). Dabei geht es um folgende Preise pro Studienäquivalent (man kann auch einfacher Kopfgeld sagen): Für die Sprach- und Kulturwissenschaften gibt es 13.000 Euro, für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 12.000 Euro, für Mathematik und Naturwissenschaften 23.000 Euro, für Ingenieurwissenschaften 24.000 Euro, für Agrar- und Ernährungswissenschaften 27.000 Euro und für die Veterinärmedizin 58.000 Euro pro Kopf.

In der Säule Forschung fallen insbesondere die Drittmittel (für 1.000 eingeworbene Euro gibt es einen Bonus von 500 Euro) ins Gewicht und hier insbesondere die von der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft (DFG). Für die Beteiligung an einem Sonderforschungsbereich bekommt eine Universität 700.000 Euro, für einen Exzellenzcluster 1.500.000 Euro, für Graduiertenschulen bzw. -kollegs gibt es 300.000 bzw. 100.000 Euro; Promotionen werden mit 25.000 Euro vergütet, ein Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung bringt 50.000 Euro ein. Besondere Boni sind noch im Bereich Gleichstellung und Diversity zu erreichen, indem etwa weiblich besetzte Professuren und Promotionen von Frauen belohnt werden und im Diversity-Bereich ganz besonders ein männlicher Migrant, der Grundschulpädagogik studiert.

Nicht zuletzt an diesem Beispiel wird die Problematik dieses »zukunftsweisenden« Finanzierungsmodells deutlich: Der Senator greift praktisch in die Hochschulautonomie detailsteuernd ein, die Hochschulen haben kaum Einfluss auf die Bewerbung potentieller Studierender, sollen praktisch aus dem Stand die Zahlen der StudienanfängerInnen erhöhen, wofür sie dann im Nachhinein belohnt werden. Wenn man weiß, dass die Hochschulen in der jüngsten Vergangenheit schon den Mangel verwaltet haben, gezwungen waren, Personal und Flächen abzubauen, das heißt auch nicht im Stande waren, Rücklagen zu bilden, scheint eine Umsetzung dieser Anforderungen kaum möglich. Wie aber ohne zusätzliches Personal mehr Studierende ausgebildet werden sollen, bleibt offen. Es sei denn, man stellt sich kurzfristige Lehraufträge und kurze Teilzeitbefristungen vor. Und wo da ein Schritt in die Zukunft gegangen wird, erschließt sich mir nicht. Eher scheint die Prekarisierung des Berufs Wissenschaft voranzuschreiten und sowohl der Senator als auch die Hochschulen nehmen dies sehenden Auges hin. Willkommen in der Zukunft, die sehr nach Vergangenheit riecht.

Senator Zöllner (nicht im Bild) winkt mit Prämien für gute Leistungen.

FOTO: IMAGO/REINHARD KURZEND ^RFER

Geld stinkt nicht! Leistungsprämien für Lehrer

An jedem Monatsersten treffen wir Lehrer uns um 6.30 Uhr in der Aula. Manche sichtlich nervös, andere siegessicher. Der Schulleiter verteilt Leistungsprämien. Alle LehrerInnen beziehen ein Grundgehalt von 1.125,- Euro. Wer mehr will, muss sich mehr anstrengen. Wie in der freien Wirtschaft. Dort gibt es auch Belohnungen für besonders Engagierte. Und »Minderleister« werden liquidiert, äh, eliminiert, also entlassen.

Meine Mathe-Kollegin hat hektische Flecken im Gesicht. Ihre Arbeiten im 10. Jahrgang sind miserabel ausgefallen. Sie muss mit deutlichen Lohnabzügen rechnen, ihr Versagen vor dem Kollegium analysieren und sich zu mehrwöchigen Fortbildungen verpflichten. Lahme Ausreden, dass ihre Klasse besonders schwierig und leistungsschwach sei, ziehen nicht. Aufgeregt wirkt auch der Sportfachbereichsleiter. Bei ihm sind zwei Schüler vom Reck gefallen und mussten zum Unfallarzt. Ob er seinen nächsten Urlaub in die Malediven noch finanzieren kann? Schließlich hat er es auch versäumt, termingerecht ein Sitzungsprotokoll zu erstellen und mit gebügelten Hosen zum Dienst zu erscheinen. Außerdem schwänzen in seiner Klasse drei Schüler. Da kommt er übers Grundgehalt nicht hinaus. Er muss seinen Urlaub wohl in der Eifel verbringen. Ich grinse schon mal schadenfroh zu ihm rüber.

Frau Weißbecker-Hermeshansel sieht der Prämienverteilung vertrauensvoll entgegen. Ihre Klasse hat den bezirksinternen Lesewettbewerb gewonnen, und die »Bäckerblume« hat sogar darüber berichtet. Das gibt gleich zwei Bonusstufen extra! Ich rechne auch mit einer Leistungsprämie. Beim letzten Aufsatz haben meine SchülerInnen nur Einsen und Zweien produziert. Außerdem sind im vergangenen Monat meine Bewertungen auf »www.spickmich.de« sehr gut ausgefallen. Eine beachtliche Prämie wird sicher der Kollege erhalten, der zum Empfang des Bundespräsidenten eingeladen war. Er ist zwar nicht der beste Pädagoge unserer Anstalt, aber der bestgekleidete, und er versteht es, sich und seine unausgegorenen Ideen stets öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Bösartige Kollegen munkeln, dass er privat beim Schulleiter ein- und ausgeht. Sein Scheck steckt in einem goldenen Umschlag: Er ist der «Power-Teacher of the month« und kommt auf die Plakatwand »Unsere Leistungsträger«. Natürlich werden auch die Minderleister öffentlich ausgestellt.

Prämien gibt es für die Kollegin, die zehn neue Mitglieder für den Förderverein unserer Schule werben konnte. Andere Leistungsträger haben 22 Schüler für einen Wahlpflichtkurs Latein gewonnen oder die begehrte Arbeitsgemeinschaft »Fallschirmspringen« angeboten. Das macht sich gut auf unserer Homepage. Eine Kollegin hat den Schulgarten umgegraben und alle Kartoffelkäfer eingesammelt, eine andere alle Fußbälle aufgepumpt. Kritische Anmerkungen auf Gesamtkonferenzen führen zu schärferer Kontrolle und in der Regel zu Bonusverlusten. Dann erklärt der Schulleiter zu unser aller Empörung, warum die Nachbarschule in der externen Evaluation noch erfolgreicher ist als wir. Sie hat heimlich einen Kollegen dafür abgestellt, der missliebige und unwillige Schüler rausekelt und so den Leistungslevel erhält.

Am Ende der Konferenz tanzen wir alle noch eine Runde um den Jackpot und singen: »Von den Banken lernen, heißt siegen lernen!« Im Jackpot befinden sich Spenden unserer Sponsoren und Bußgelder von Eltern, deren Kinder keine Hausaufgaben gemacht haben. Nur ein Kollege tanzt wie immer nicht mit. Dieser Gutmensch verweigert sich der neuen Orientierung und kommt standhaft mit seinem Grundgehalt aus. Er will nicht dem schnöden Mammon dienen. Er meint auch ernsthaft, mit einer Arbeitsgemeinschaft »Ethos und Moral in Zeiten der Globalisierung und Pekunisierung« Schüler attrahieren zu können. Lächerlich.

Als ich mich fröhlich mit meiner Zulage in die Klasse begeben will, steht Max-Linus schon im Türrahmen und hält seine Hand auf: » Non scholae, sed pecuniae discimus! Wenn Sie uns nicht an Ihrer Prämie beteiligen, stimmen wir nächstes Mal bei Spickmich für Herrn Meier-Lühr! Und die Kontrollarbeit in Wirtschaftswissenschaft können Sie auch vergessen!«

Gabriele Frydrych

Das Sparmodell

Ungelernte sollen in die Kitas

FOTO: PRIVAT

von Brigitte Holst-Oehlke, Fachgruppe Sozialpädagogische Aus-, Fort – und Weiterbildung

Fachkräfte im sozialpädagogischen Bereich werden bereits jetzt dringend gesucht. 700 pro Jahr und mehr werden für Berlin veranschlagt, deutschlandweit 45.000 für die Kindertageseinrichtungen. Für eine geringe Bezahlung versucht die Senatsverwaltung sozialpädagogische Fachkräfte in Berlin zu finden. Deshalb arbeiten in Berlin bereits MAE-Kräfte oder andere Ungelernte kostengünstig ohne fachgerechte Ausbildung in sozialpädagogischen Einrichtungen. Sie lesen einige Fachartikel, Bücher oder nehmen an Kursen zur Vorbereitung auf die Prüfung teil. Das reicht, um sich für eine Prüfung zur »Staatlich anerkannten Erzieherin / zum Staatlich anerkannten Erzieher« zu melden.

Die staatlichen Fachschulen für Sozialpädagogik führen die Prüfung mit einem Arbeitsaufwand von rund 36 Stunden pro Prüfling durch, ohne einen Stundenausgleich für diese neue Aufgabe zu erhalten. Die zuständige Senatsverwaltung vertritt die Auffassung »da die Prüfung für NichtschülerInnen ohne den dreijährigen Schulbesuch erfolgt, bei dem fortlaufend Leistungen zu erbringen sind und bewertet werden, ist diese Prüfung umfangreicher als die reguläre Fachschulprüfung.« Dem ist nicht so, die Prüfung der NichtschülerInnen ist nicht umfangreicher. *(Siehe Kasten)*

Die Fachlichkeit

Bleibt die Frage nach der erarbeiteten Fachlichkeit vor den Prüfungen, wenn es nicht nur darum geht, Wissen abzufragen. Die NichtschülerInnen erwerben ihre Fachlichkeit für die unterschiedlichsten sozialpädagogischen Arbeitsfelder durch den Nachweis einer entsprechenden einjährigen beruflichen Tätigkeit in einem sozialpädagogischen Arbeitsfeld (beispielsweise auf dem Abenteuerspielplatz) und durch einen Nachweis über Art und Umfang der Prüfungsvorbereitungen auf der Grundlage des gültigen Rahmenlehrplans für die Fachschulen für Sozialpädagogik. Die Studierenden in der Vollzeitausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik weisen zwar nur 44 Wochen fachpraktische Ausbildung (Praktikum) nach, allerdings in unterschiedlichen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern. Sie müssen 12 Wochen in einer Kindertageseinrichtung, 12 Wochen in einer stationären oder teilstationären Einrichtung oder in einer offenen Kinder- und Jugendeinrichtung oder in einer sonderpädagogischen Einrichtung oder in einer Ganztagsgrundschule und 20 Wochen in einer sozialpädagogischen Einrichtung nach individuell ausgewähltem Schwerpunkt nachweisen.

Fachpraktische Ausbildung

Jede fachpraktische Ausbildungsphase wird im Hinblick auf den Rahmenplan und die Erfordernisse der Jugendhilfe und Schule an den Fachschulen für Sozialpädagogik gezielt vorbereitet und begleitet. Dies erfolgt einmal in der Woche im Rahmen des praxisbegleitenden Unterrichts, in dem Studierende und Lehrkräfte (manchmal auch PraxisanleiterInnen) gemeinsam Fragestellungen der Studierenden aufgreifen, analysieren, theoretische Kenntnisse aufarbeiten und reflektieren. Des Weiteren erfolgt dies durch den Praktikumsbericht, in dem nicht nur Tätigkeiten beschrieben werden, sondern die sozialpädagogische Arbeit mit den Kindern oder Jugendlichen und/oder Eltern von den Studierenden (Praktikanten) nach fachlichen Kriterien geplant und reflektiert werden.

Außerdem gibt es in jeder fachpraktischen Ausbildungsphase zwei Auswertungsgespräche über die individuellen

VERGLEICH NICHTSCHÜLERINNEN – STUDIERENDE

Die Prüfung für NichtschülerInnen besteht aus:

- der Facharbeit
- dem Kolloquium
- den schriftlichen Prüfungen in zwei vorgegebenen Lernbereichen
- den mündlichen Prüfungen in den fünf Lernbereichen.

(entnommen der Internetseite der Senatsverwaltung)

Die Prüfung für die Studierenden der Fachschule für Sozialpädagogik besteht aus:

- der Facharbeit
- dem Kolloquium
- den schriftlichen Prüfungen in zwei ausgewählten Lernbereichen
- den mündlichen Prüfungen, wenn die Prüflinge nicht durch gute Leistungen von den mündlichen Prüfungen befreit wurden.

(APVO-Sozialpädagogik)

Lernprozesse. Gemeinsam mit den PraxisanleiterInnen (ErzieherInnen), mit der PraxisberaterInnen (LehrerInnen) und der Fachschule für Sozialpädagogik werden Zielsetzungen erarbeitet. Diese Zielsetzungen bieten den Studierenden Orientierung zur Überprüfung des eigenen Könnens.

Qualität braucht Zeit

Die drei Säulen der fachpraktischen Ausbildung, die Teilnahme im praxisbegleitenden Unterricht, die Entwicklung der Aufgaben mit schriftlicher Planung und die Beurteilung der Lernprozesse durch die PraxisanleiterInnen, müssen mit Erfolg abgeleistet werden. Erst dann kann die Versetzung in das nächste Ausbildungssemester oder -jahr erfolgen. Die fachtheoretische Ausbildung der angehenden ErzieherInnen in der Vollzeitausbildung der Fachschulen für Sozialpädagogik erfolgt durch 2320 Unterrichtsstunden.

Längst erkennen die Studierenden der Fachschulen für Sozialpädagogik im zweiten Ausbildungsjahr, dass es nicht um eine Trennung von fachpraktischer und fachtheoretischer Ausbildung gehen kann, sondern dass Kompetenzen von Wissen untermauert, durch Werte begründet, als Fähigkeit eingesetzt, durch Erfahrungen gesichert und erst als Willensentscheidung verwirklicht werden.

Viele Studierende erkennen, dass es von Bedeutung ist, die eigenen Interaktionsmuster wahrzunehmen und zu verstehen, dass es von Bedeutung ist, die Perspektive der am Erziehungsprozess Beteiligten einnehmen und verstehen zu können, dass das persönliche Wertesystem auch Bestandteil einer Teambesprechung sein kann. Sie sind während der sozialpädagogischen Praktika und in der Fachschule Lernende, in den letzten Jahren auch zunehmend Fragende oder Anregende, weil beide Ausbildungsphasen, die fachpraktische und die fachtheoretische, Wissensbestände, Reflexionen und Handlungen erfordern.

Dieser kurze Vergleich zwischen dem von der Senatsverwaltung geforderten Nachweis der einjährigen beruflichen Tätigkeit in einem sozialpädagogischen Arbeitsfeld als Voraussetzung für die Prüfung der NichtschülerInnen und der vielfältigen, angeleiteten drei Jahre langen Ausbildung der Studierenden an den Fachschulen und in der sozialpädagogischen Praxis verdeutlicht die Missachtung des Berufs Erzieher. Viele Studierende werden sich zu Recht fragen, warum sie sich eine dreijährige fundierte Ausbildung zugemutet haben. Der Vergleich zeigt auch, wie viel Wert im Land Berlin auf die Betreuung und Förderung der Kinder und Jugendlichen gelegt wird. Sie und ihre Eltern haben keinen Anspruch auf qualifiziertes Personal, das ihnen in schwierigen Lebenslagen beisteht.

Vorsorge für die Zukunft

Die Bemühungen der Lehrkräfte der Fachschulen, das Qualitätsniveau der Ausbildung anzuheben, werden zukünftig vergeblich sein, da eine fundierte Ausbildung offensichtlich nicht mehr gefragt ist. Die Antwort der Senatsverwaltung auf diese Misere lautet, es fehle Personal in den Kindertageseinrichtungen und in anderen sozialpädagogischen Einrichtungen. Wie wäre es, wenn das Land Berlin durch seinen Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung finanzielle Mittel für die Ausbildung der MAE-Kräfte und anderer Ungelernter aufwendet, damit ihnen nicht nur eine schwierige Prüfung zugemutet, sondern eine reelle Chance eröffnet wird, die schwierigen Aufgaben auch langfristig bewältigen zu können. Es geht nicht nur um Statistiken, die beweisen, es gäbe keinen Fachkräftemangel, sondern es geht um die Vorsorge für die Zukunft der nächsten Generation in Berlin. ■

Bildungsprogramm für die Grundschule

Fachgruppe fordert die verbindliche Anwendung

von Marlies Herzog, im Auftrag der Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit

Im Auftrag der Senatsbildungsverwaltung erarbeitet und herausgegeben, liegt das Bildungsprogramm jetzt in allen Grundschulen vor. Nach einer langjährigen und zähen Geburt können wir endlich auf eine Arbeitsgrundlage zurückgreifen mit vielfältigen Anregungen, praktischen Hilfen und Ideen. Wir in der Fachgruppe Schulsozialarbeit der GEW haben allerdings die Erfahrung gemacht, dass viele unserer KollegInnen noch nicht einmal von diesem Bildungsprogramm gehört haben und Schulleitungen dieses Programm teilweise ignorieren.

Dabei lohnt sich die Lektüre: Denn das Programm beschreibt sehr anschaulich, warum die Schule von heute nicht mehr mit der Schule von noch vor fünf Jahren vergleichbar ist. Es beschreibt, welche Chancen und Risiken eine Ganztagsschule in sich birgt. Zeigt eine Reihe von praxisnahen Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung der einzelnen Ganztagsgrundschule. Und nicht zuletzt verweist das Berliner Bildungsprogramm für die Ganztagsgrundschulen auf die verpflichtende, für beide Seiten gewinnbringende, produktive und konstruktive Zusammenarbeit von Lehrkräften und ErzieherInnen und bezeichnet beide Formen der pädagogischen Arbeit als gleichberechtigt.

Wer neugierig geworden ist auf das Bildungsprogramm für Grundschulen und es kennenlernen möchte: Bei uns in der Fachgruppe findet regelmäßig ein Erfahrungsaustausch über unsere Arbeit, über gemeinsame Anliegen und Aufgaben statt. InteressentInnen sind herzlich eingeladen, bei uns mitzumachen. Die Fachgruppe Schulsozialarbeit fordert den Senat auf, das Berliner Bildungsprogramm für die offenen Ganztagsgrundschulen genau wie das Berliner Kita-Bildungsprogramm zur verbindlichen Arbeitsgrundlage zu erklären. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein! ■

GEW-Strukturen werden flexibler

Die Landesdelegierten tagten

von Sigrid Baumgardt und Folker Schmidt, blz-Redaktion

Ein schöner neuer Tagungsort ist gefunden, die Max-Taut-Schule in Lichtenberg. Die Schule hat eine separat liegende Aula, die Mensa war in Ordnung und die verkehrsmäßige Anbindung an den S-Bahnhof Nöldnerplatz ist optimal. Alles passte also; beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tagung.

In ihrem Rechenschaftsbericht verwies die Vorsitzende Rosi Seggelke stolz darauf, dass die Mitgliederzahl positiv stabil bei knapp 21.000 liegt. Ansonsten wusste sie von Kämpfen und Aktivitäten auf allen Ebenen zu berichten und bekam in der anschließenden Debatte durchweg Lob zu hören. Auch unsere Kassierer konnten Positives berichten: Die etwa 40.000 Euro »Verlust« des Jahres 2008 wurden im letzten Jahr wieder erwirtschaftet und es blieben sogar knapp 5.000 Euro übrig, die verteilt werden konnten. Die Entlastung und die Abrechnung des Haushalts 2009 erfolgten jeweils einstimmig.

GEW BERLIN im Umbruch

Den Einstieg ins Thema bot ein Powerpointvortrag, in dem die Themen Mitgliederentwicklung, Handlungsspielräume und finanzielle Basis und Funktionärsentwicklung mit Zahlen und Statistiken untermauert und erste Schlüsse gezogen wurden.

Bei der Mitgliederentwicklung ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen. Rund 60 Prozent der Mitglieder sind dem Schulbereich zuzurechnen, etwa 20 Prozent der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit und je 10 Prozent der beruflichen und Erwachsenen-Bildung und dem Bereich Wissenschaft und Forschung. Die finanzielle Basis des Landesverbands ergibt sich unter anderem aus der Verteilung der Beschäftigungsverhältnisse auf die Mitgliedschaft.

Entsprechend der etwa siebenprozentigen Zunahme bei den Angestellten ist eine Abnahme der Mitglieder bei den Beamten zu verzeichnen: Berlin verbeamtet seit Jahren weniger. Außerdem nimmt der Anteil der Ruheständler und der Erwerbslosen kontinuierlich leicht zu, deswegen wird in Zukunft auch ein Schwergewicht unserer Arbeit hier liegen müssen. Im Bereich der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit hat die Anzahl der prekär Beschäftigten und derer in Niedriglohnsektoren zugenommen.

Daraus ergibt sich, dass der durchschnittliche monatliche Mitgliedsbeitrag relativ niedrig ist, er liegt in Berlin etwa drei Euro niedriger als der Bundesdurchschnitt. Gestiegen ist parallel dazu noch der Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Folge: Vergleichsweise wenig Mitglieder zahlen Vollbeiträge und oder sind in höheren Beitragsgruppen. Der Anteil an Mitgliedern mit hohem Betreuungs- und Rechtsschutzaufwand steigt. Und: Wir müssen weiter Mitglieder werben, Potenzial liegt bei den neu eingestellten Lehrkräften und die Lebensälteren müssen gehalten werden.

Bei der Frage des Generationswechsels und der Funktionärsentwicklung kam das Alter mit ins Spiel. Der größte Teil der FunktionärInnen tummelt sich in der Alterskohorte zwischen 55 und 59 Jahren. Bei den FunktionärInnen sind die Frauen entsprechend ihrer Anzahl in der Gesamtmitgliedschaft von etwa 72 Prozent nur bei den Vertrauensleuten und in den Personalräten annähernd »gerecht« vertreten; ansonsten sind sie unterrepräsentiert, besonders stark im Geschäftsführenden Landesvorstand. Da sind allerdings auch zwei Positionen unbesetzt, was bei insgesamt 15 schon zu einer Verschiebung führen könnte.

Zur Funktionärsentwicklung wurden deshalb folgende Thesen vorgetragen: Die Gruppe der 35- bis 44-jährigen ist in den Ämtern der GEW BERLIN unterrepräsentiert. Liegt der Mitgliederanteil bei einem Fünftel, ist der Funktionsanteil mit unter einem Zehntel zu klein. Dazu passt, dass der Anteil der 55- bis 64-jährigen bei den FunktionärInnen überrepräsentiert ist. Die gehen alle in den nächsten zehn Jahren und die anderen müssen nachrücken. Was können wir dafür tun? Darauf gab die Statistik natürlich keine direkten Antworten.

Satzungsänderung

Dermaßen eingestimmt, konnten wir uns dann dem Schwerpunktthema der Versammlung zuwenden, der Satzungsänderung. Der Landesvorstand hatte einen dort umfänglich diskutierten und mit einer Gegenstimme verabschiedeten Vorschlag vorgelegt. Dieser sah vor, ab den nächsten Neuwahlen nicht mehr eine/n Vorsitzende/n zu wählen, sondern drei gleichberechtigte Vorsitzende, von denen mindestens eine eine Frau und einer ein Mann sein müssten. Dieses Modell lehnt sich an die Bremer Satzung an und soll Raum geben für Team-Modelle. Außerdem soll für die Referatsleitungen ein Zweier-Teammodell ermöglicht werden. Dieses wurde vor allem von den jüngeren GEW-Mitgliedern im Vorfeld der letzten Wahlen erwünscht, konnte aber aufgrund der alten Satzung nicht umgesetzt werden.

Aus dem Sprecherinnenrat des Landesausschusses für Frauenpolitik kam

ein Änderungsantrag, der vier gleichberechtigte Vorsitzende vorsah, unter denen die Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sein sollten, was (siehe oben) drei Frauen und ein Mann bedeutet hätte. Die Landesdelegiertenversammlung sah in der Mehrheit die demokratischen Rechte verletzt und wollte sich nicht durch eine Quote dieses Recht beschneiden lassen. Alle waren sich aber einig darin, dass Frauen dabei sein müssen, dass gezielt geworben werden muss und es der Unterstützung bedarf. Der Bereich Frauenpolitik bleibt entgegen dem Antrag des Sprecherinnenrates weiterhin bei einem GLV-Mitglied angelegt. Ein weiterer Antrag sah vor, dass im GLV ein Mitglied mit »Migrationserfahrung« vertreten sein muss. Diese Diskussion wird auf der Herbst-LDV vertagt.

Nach einer bis in den zweiten Tag hinein reichenden leidenschaftlichen Debatte wurde dann schließlich abgestimmt. Der satzungsändernde Antrag bedurfte erstens einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden; die wurde locker erreicht. Außerdem waren mehr als die Stimmen der Hälfte der gewählten Mitglieder der Landesdelegiertenversammlung (182) vonnöten, auch diese Hürde ist genommen worden. Der Antrag bekam 184 Stimmen. Die GEW BERLIN kann loslegen.

Ein weiterer satzungsändernder Antrag, der das Teammodell auf die Bezirks-/Abteilungs-, Fachgruppen- und Ausschussleitungen vorsah, bedurfte nicht mehr langer Debatten. Er wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Afghanistan

Nachdem Rainer Braun, Geschäftsführer der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen, als Gast einen leidenschaftlichen und informativen Beitrag zum Problem des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan geleistet hatte, machte die Landesdelegiertenversammlung das, was von ihr erwartet werden konnte: Sie forderte bei wenigen Enthaltungen den Abzug der Bundeswehr und die Unterstützung von ähnlichen Bestrebungen anderer Organisationen.

Wenig gestritten wurde auch um die folgenden Anträge, hierzu ein Schnelldurchlauf: Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Berliner Schulen wurden abgelehnt, damit folgten die Landesdelegierten einem Beschluss des Bundesvorstandes. Die Erhöhung der Anzahl der Oberstufenkurse für das Abitur nach zwölf Jahren am Gymnasium wurde abgelehnt und der Vorschlag eingebracht, stattdessen die Stundenzahl für Leistungs-, Prüfungs- und Schwerpunktkurse zu erhöhen. Die Erhöhung der Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte in der neuen Sekundarschule ist vonnöten, stellte die GEW fest. »Teach First« hingegen nicht und soll deswegen in der Konsequenz auch nicht weitergeführt werden.

Auch das Unwesen um die Beauftragung von Unternehmensberatungsfirmen im Schulbereich soll eingestellt und die dafür angefallenen Kosten sollen offen gelegt werden. Zu diesem Themenbereich gehörte auch die Drucksache zur Offenlegung des Vertrages zwischen der Senatsverwaltung und der Bertelsmannstiftung mit dem Titel »Jung bewegt«.

Die VERA-Vergleichsarbeiten in den Klassen 3 und 8 sollen so, wie sie jetzt durchgeführt werden, nicht mehr als Leistungsvergleich herhalten, da sie für Kinder und Lehrkräfte in sozialen Brennpunkten mehr Schaden anrichten, als sie bringen.

Richtungsweisend soll der Antrag zur Abgeltung von Aufgaben in der Schule werden, die nicht unmittelbar der Vor- und Nachbereitung von Unterricht dienen. Schule ist weit mehr als Unterricht und die Aufgaben werden nicht alle durch das Funktionsstellenkorsett abgedeckt. Dieses ist zu eng geschnürt, denn auch in Grundschulen mit wenigen Funktionsstellen fallen viele Extra-Aufgaben an. Dem soll nicht nur durch bessere Vergütung Rechnung getragen werden, sondern auch mit Zeitausgleich über Anrechnungsstunden.

Der letzte Antrag, welche der vor neun Jahren im Aktionsprogramm der GEW BERLIN beschlossenen Punkte noch umgesetzt werden müssen, wurde an den Landesvorstand überwiesen.

Die Landesdelegiertenversammlung fand erstmals in der Aula der Max-Taut-Schule in Lichtenberg statt.

Zum Schluss wurden die Delegierten noch aufmüpfig: Sie lehnten es ab, die Auswirkungen des beschlossenen Teammodells auf den Haushalt schriftlich vorlegen zu lassen, nachdem die Kassierer darauf hingewiesen hatten, dass das Modell zu viele unbekannte Variablen hat. Finden möglicherweise alle Bundesveranstaltungen im nächsten Jahr in Berlin oder alle in Freiburg statt? Wer fährt? Wie hoch sind die Hotelkosten? Und nachdem laut Ausführung der Kassierer ein Blick in den heute beschlossenen Haushalt dazu führt, dass die Kosten zwischen minimal 4.000 und maximal 12.000 Euro liegen, haben die Landesdelegierten jetzt ein einziges Mal aber auch so richtig was von Kontra gegeben, super.

FOTO: SCHURIG

Guten Tag, ich bin die Neue

Vorstandswechsel in der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien

FOTO: PRIVAT

von Tania Krätschmar, AG Jugendliteratur

Als neu gewählte Vorsitzende der AJuM Berlin löse ich Ute Wolters ab, die diesen Posten viele Jahre zusammen mit Regina Pantos und Cassen Jan Harms innehatte. Natürlich weiß jede/r im Hause der GEW, was die AJuM ist. Natürlich ist euch allen bekannt, dass wir sehr viel mehr als nur als eine Abkürzung auf der Veranstaltungsankündigung im Eingangsbereich des GEW-Hauses sind, die dort einmal im Monat erscheint. Oder etwa nicht? Dann hier ein paar wichtige Informationen über uns, die vielleicht den einen oder die andere beflügelt, bei uns reinzuschauen. Denn neue KollegInnen sind jederzeit herzlich willkommen, ja ausdrücklich erwünscht!

Was machen wir?

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien wurde vor 117 Jahren als »Jugendschriften Ausschuss« gegründet und ist damit die älteste AG der GEW. Ihr Hauptziel war und ist, aktuelle Kinder- und Jugendliteratur kritisch zu lesen, Rezensionen darüber zu verfassen und so letztendlich alle pädagogisch Tätigen und Interessierten zu informieren – in der Hoffnung, dass wir die Literaturauswahl für Unterricht, Arbeit in den Kitas und Jugendgruppen erleichtern. Sämtliche Rezensionen der AJuM sind unter www.ajum.de einzusehen (Datenbank und/oder Archiv anklicken). Heute, wo es jedes Jahr so viele Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt wie nie zuvor gibt – 7000 im Bereich Kinder- und Jugendliteratur –, erscheint uns das, was wir leisten, wichtiger denn je. Wir freuen uns, wenn KollegInnen, von unseren Rezensionen beflügelt, innovative oder gar provokante Bücher als Klassenlesestoff auswählen und literarische Wege beschreiten, die ihnen keine Unterrichtsmaterialien vorschreiben.

Allein 2009 hat die AJuM Berlin 389 Rezensionen verfasst. Konkret sieht unsere Arbeit so aus, dass wir uns, ausgenommen in den Schulferien, jeweils am letzten Donnerstag im Monat um 16.30 Uhr in der Ahornstraße in Raum 47 treffen. Selten sind alle gleichzeitig da, aber allein ist man auch nie, und das ist auch gut so. Denn an diesen Donnerstagen suchen wir anhand von Verlagskatalogen aus, welche Bücher wir bestellen wollen, verteilen die eingegangenen Bücher und besprechen aktuelle Themen rund ums Kinder- und Jugendbuch. Ein bisschen buchnärrisch muss man schon sein, aber das ist ja bei PädagogInnen ein durchaus häufig zu beobachtendes Phänomen.

Neben dem »normalen« Pensum wird in der Berliner AJuM auch der LesePeter für ein besonders empfehlenswertes Jugendbuch verliehen. Die Nominierung erfolgt alle vier Monate im Wechsel mit dem LesePeter für ein Sachbuch, ein Bilderbuch und ein Kinderbuch. Titel, die den LesePeter verliehen bekommen haben, findet ihr unter http://www.ajum.de/html/Lesepeter/chronos.htm

Wer bin ich?

Warum ich mich zur Vorsitzenden habe wählen lassen? Ich finde die Arbeit der AJuM gut, richtig und wichtig. Als gelernte Buchhändlerin ist mir sowohl das haptische wie das intellektuelle Hantieren mit druckfrischen Büchern ein sinnlicher Genuss – stellt es sich auch noch als literarischer heraus, umso besser! Als Germanistin und Ex-Bookscout mit dem Schwerpunkt Jugendbuch werfe ich leidenschaftlich gern kritische Blicke auf die literarische Qualität der Bücher. Als Grundschulpädagogin erscheint mir Leseförderung vom ersten Schultag an wichtig, und das geht, meiner Meinung nach, nachhaltig nur mit guten Büchern die fesseln, mit Literatur, die begeistert und einem lebenslang in Erinnerung bleibt.

Und als freiberufliche Autorin bin ich in der glücklichen Lage, über meine Zeit frei zu verfügen – die von nun an, zumindest zum Teil, auch der AJuM gehören wird.

Neugierig? Interessiert? Gern könnt ihr mich kontakten unter tania.kraetschmar@ajum.de

SCHULKALENDER IM A5-FORMAT

Wem unser Schulkalender zu klein ist, für die/den gibt es jetzt eine sinnvolle Ergänzung: Die Sonderausgabe des von vielen KollegInnen geschätzten Lehrerkalenders der »Freien Lehrerverlagsgesellschaft« aus Plauen, der stärker auf Hilfestellungen für Unterrichtsplanungen, Stunden- und Themenübersichten, Zensurenlisten ausgerichtet ist. Die Sonderausgabe für die GEW BERLIN enthält zusätzlich drei Seiten mit Berliner Adressen aus dem Schulbereich.
Der Kalender ist zum Preis von 7 Euro im GEW-Haus erhältlich. Nicht-Mitglieder zahlen für die Sonderausgabe 8,50 Euro. Bei Zusendung gegen Rechnung fallen zusätzlich Versandkosten in Höhe von 1,50 Euro an.

Bestelladresse: GEWIVA GmbH, Ahornstraße 5,10787 Berlin oder über das Internet: www.gew-berlin.de/lehrerkalender.htm

Mete-Ekşi-Preis 2010

Der mit insgesamt 3.000 Euro dotierte Preis wird am 20. November 2010 vergeben

von Canan Durlanik und Norbert Gundacker, Vorsitzende des Mete-Ekşi-Fonds

In diesem Jahr wird zum 19. Mal der Mete-Ekşi-Preis zur Förderung eines friedlichen Zusammenlebens von Kindern und Jugendlichen in Berlin ausgeschrieben. Ihr wisst, welche Kinder, Jugendlichen, Jugendgruppen oder -einrichtungen sich in besonderem Maße für ein friedliches Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in Berlin einsetzen, deshalb brauchen wir eure Unterstützung: Macht Vorschläge, wer ausgezeichnet werden sollte, und ermutigt die Betreffenden, sich zu bewerben.

Das gelungene Plakat wurde von Mia Buller entworfen. Sie war Schülerin an der Ernst-Litfaß-Schule, OSZ Druck- und Medientechnik. Bitte hängt die Plakate an gut sichtbaren Stellen aus und verteilt die Flyer. Sie wurden mit der Vertrauensleutepost an die Einrichtungen verschickt.

Das Bewerbungsverfahren ist einfach und formlos. Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury, die vom Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg und von der GEW BERLIN berufen wurde.

Wichtig ist dann noch, dass wir die jeweiligen Ansprechpartner der Projekte schnell erreichen können, weil zwischen Bewerbungsschluss und Preisverleihung wenig Zeit bleibt. Deshalb ist eine vollständige Adressangabe mit Telefon und eventuell auch Mailadresse wichtig. Achtung! Der Bewerbungsschluss – der 20. Oktober 2010 – liegt in den Herbstferien!

Auf der Website www.mete-eksi-preis.de und beim Türkischen Elternvereins Berlin-Brandenburg e.V. unter www.tevbb.de gibt es weitere Informationen.

Spendenaufruf

Bitte unterstützt den Mete-Eksi-Fonds durch eure Spende, am besten mit einem jährlichen Dauerauftrag. Der Fonds muss ständig wieder gefüllt werden, damit wir den Preis auch weiterhin jährlich ausschreiben können. Der Mete-Ekşi-Fonds e.V. ist gemeinnützig. Für eure Spenden stellen wir entsprechende Spendenbescheinigungen aus.

Bitte überweist eure Spende an: SEB AG, BLZ 100 101 11, Kontonummer: 1 545 890 600. Wir danken für eure Unterstützung!

ANZEIGE

Steht mit beiden Beinen im Leben!

▶ Esstisch und Sitzbank Saga

TROLLHUS
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

www.trollhus.de

Kant/Ecke Uhlandstraße im stilwerk · 10623 Berlin
Telefon: 030-315 15 460 · Telefax: 030-315 15 465

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Alte Stärken

Kampagne der GEW BERLIN zur Arbeitsentlastung von Lehrkräften

von Holger Dehring, Leiter des Referates Besoldungs- und Tarifrecht

In der Zwischenzeit ist es allgemein anerkannt, dass die Belastung in allen Arbeitsbereichen zugenommen hat – egal in welcher Einrichtung, egal in welchem Beruf Frau oder Mann tätig ist. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Forderungen zum Gesundheitsschutz und zur Arbeitszeitgestaltung für nicht wenige Beschäftigte fast wichtiger sind als Einkommenserhöhungen.

Für die sogenannten »Tarifbeschäftigten« wird das Thema immer wichtiger. Das sieht man schon daran, dass es in den letzen Jahren bei allen Tarifverhandlungen eine Rolle gespielt hat. Auch in Berlin haben wir uns stets für tarifliche Regelungen in diesem Bereich eingesetzt. Bisher leider erfolglos; aber wir werden nicht aufgeben. So steht für ErzieherInnen weiterhin eine tarifliche Regelung, insbesondere zur Gewährung von Vor- und Nachbereitungszeiten, auf der Tagesordnung. Das wird langfristig nur über eine Mobilisierung der Mitgliedschaft gehen, die den Berliner Senat zur Aufnahme von Tarifverhandlungen bringt.

Das Ziel »Arbeitsentlastung« ist für verbeamtete Lehrkräfte das gleiche; allerdings muss ein anderer Weg gegangen werden, da hier Verhandlungen auf tariflicher Ebene nicht möglich sind. Die Arbeitsbedingungen der verbeamteten Beschäftigten werden nun einmal einseitig vom Arbeitgeber festgelegt. Umso wichtiger ist es, aktiv die Politik des Senats zu beeinflussen.

Mit der Kampagne »ALTE STÄRKEN« will die GEW BERLIN darauf hinweisen, dass es auch aus Sicht des Senats erforderlich ist »Alte (zu) stärken«, damit sie in gesundem Zustand das Pensionsalter erreichen können und bis dahin ihre »alte(n) Stärken« für eine Tätigkeit zur Verfügung stellen können. Deshalb fordert die GEW BERLIN mit dieser langfristig angelegten Kampagne Arbeitsentlastungen ein, die unter anderem mit folgenden Maßnahmen erreicht werden können:

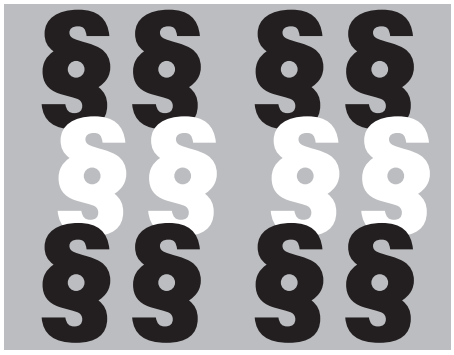
- allgemeine Reduzierung der Pflichtstundenzahl,
- Wiedereinführung von Altersermäßigung und Altersteilzeit,
- vorteilhafte Gestaltung der begrenzten Dienstfähigkeit,
- Umwandlung der Arbeitszeitkontentage in Entlastungsstunden,
- neue Betrachtung der Arbeitszeit.

Die erste Phase der Kampagne hat mit der Unterschriftensammlung begonnen und wird mit einer Aktion zur Überreichung der Unterschriften vor den Sommerferien enden. Wir werden einen langen Atem brauchen. Deshalb fordern wir euch alle auf, in einem ersten Schritt die Unterschriftensammlung zu unterstützen – und dann natürlich für weitere Schritte bereit zu sein!

Und die Besoldungserhöhung nicht vergessen ...

Der DGB Berlin-Brandenburg hat schnell reagiert. Kurz nachdem klar war, welche Einkommensverbesserungen für die »Tarifbeschäftigten« in den nächsten Jahren in Berlin zu erwarten sind, hat der DGB den Berliner Senat aufgefordert, diese Ergebnisse inhaltsgleich auf die verbeamteten Beschäftigten zu übertragen. Konkret heißt das:

- Ab sofort soll die ab Juni 2009 für Tarifbeschäftigte geltende Erhöhung der monatlichen Einkommen um 65 Euro auch für die BeamtInnen wirksam werden.
- Die Angleichung der Einkommensbedingungen der Tarifbeschäftigten an die Einkommen der im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) Beschäftigten soll so erfolgen, dass für die Berliner BeamtInnen eine zeitgleiche Anhebung auf das Einkommen der beim Bund beschäftigten BeamtInnen erfolgt (97 v.H. im Jahr 2011; spätestens 100 v.H. im Jahr 2017). Zum neuesten Stand bei der Besoldung siehe auch den Standpunkt auf Seite 3.



SCHLECHTERSTELLUNG VON TEILZEITBESCHÄFTIGTEN BEI DER VERSORGUNG IST RECHTSWIDRIG

Das hat nun abschließend das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 20. März 2010 (BverwG 2 C 72.08) festgestellt. Damit ist die Kürzung der Versorgung nach neuem Recht, das seit dem 1. Januar 1992 für alle seit diesem Datum verbeamteten und alle »Ost«-KollegInnen gilt, vom Tisch. Bisher war dort vorgesehen, dass bei einer Freistellung (Teilzeit und Beurlaubung) über ein Jahr hinaus die Anrechnung von Studienzeiten, Referendariat und Zurechnungszeit anteilig gekürzt werden (sogenannte Quotelung).

Bisher gab es noch nicht viele KollegInnen, die von dieser Kürzung direkt betroffen waren. Die GEW hat allen Betroffenen zum Widerspruch geraten und ihnen ein entsprechendes Schreiben zur Verfügung gestellt. Wer Widerspruch eingelegt und noch keinen positiven Bescheid erhalten hat, sollte mit Verweis auf das Urteil jetzt nachfragen und um Entscheidung bitten. Wer keinen Widerspruch eingelegt hat, sollte umgehend einen Antrag auf Neufestsetzung der Versorgung stellen. *Ingeborg Uesseler-Gothow*

WISSENSWERTES FÜR BEAMTINNEN

Der DGB hat sein Publikation »Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte« gründlich überarbeitet. Das Buch ist im Februar 2010 in 12. Auflage neu erschienen. Die beamtenrechtlichen Kernthemen wie Besoldung, Versorgung und Beihilfe wurden auf den aktuellen Stand gebracht, u. a. mit allen Besoldungstabellen für den Bund bzw. für Post und Telekom sowie für alle Länder. Völlig neu bearbeitet wurde das Kapitel »Arbeitszeit und Urlaub«. Den einschlägigen Sachthemen ist ein Kapitel zur Beamtenpolitik des DGB vorangestellt. GEW-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale. Bestellungen: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/ Beamte, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim oder E-Mail: infoservice@beamten- informationen.de

ERWEITERTES FÜHRUNGSZEUGNIS BEI ARBEIT MIT KINDERN

Ab dem 1. Mai 2010 gilt eine Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (§ 30 a), wonach bei Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe ein erweitertes Führungszeugnis verlangt werden kann. Dies gilt auch für Personen, die eine sonstige berufliche oder ehrenamtliche Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung oder Ausbildung Minderjähriger wahrnehmen oder eine Tätigkeit ausüben, bei der sie in ähnlicher Weise wie in der Kinder- und Jugendhilfe mit Minderjährigen in Kontakt kommen.

Da sind beispielsweise ErzieherInnen in Kindergärten, Kinder- oder Jugendheimen, Pflegepersonen für die Kindertages- und Vollzeitpflege, Lehrkräfte in Privatschulen, Schulbusfahrer, Bademeister in Schwimmbädern, Jugendsporttrainer, LeiterInnen von Kinder- und Jugendfreizeitgruppen. Das erweiterte Führungszeugnis gibt im weit größeren Umfang darüber Auskunft, ob eine Person wegen bestimmter Sexualdelikte an Kindern und Jugendlichen vorbestraft ist. Im kürzlich abgeschlossenen Kooperationsvertrag der Bildungsverwaltung mit dem Landessportbund hat sich der Landessportbund verpflichtet, für seine hauptamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit ein solches Zeugnis zu verlangen.

VERHALTENSBEDINGTE KÜNDIGUNG

Macht ein Arbeitnehmer bei seiner nicht unverzüglichen Krankmeldung falsche Angaben über die voraussichtliche Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit und mahnt ihn der Arbeitgeber nur wegen dieser falschen Angaben ab, so ist eine verhaltensbedingte Kündigung wegen erneuter, diesmal aber bloß verspäteter Krankmeldung nicht gerechtfertigt. Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,

Urteil vom 18. Dezember 2009 - 6 Sa 1239/09

ZECKENBISS ALS DIENSTUNFALL

Ein Zeckenbiss und die darauf zurückzuführende Borrelioseinfektion können als Dienstunfall anerkannt werden. Die Lehrerin wurde bei einer mehrtägigen Schulveranstaltung auf einem im Wald gelegenen Bauernhof von einer Zecke gebissen. Einige Monate später wurde bei ihr eine auf einen Zeckenbiss zurückzuführende Borrelioseinfektion festgestellt und sie musste zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus. Sie klagte daraufhin auf die Anerkennung dieser Erkrankung als Dienstunfall. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte ihre Klage abgewiesen mit der Begründung, ein Zeckenbiss gehöre zum allgemeinen Lebensrisiko. Dem widersprach nun das Bundesverwaltungsgericht: Zeit und Ort des Bisses seien ausreichend genau festgestellt worden. Die Beamtin habe sich »aus dienstlichen Gründen im natürlichen Lebensraum von Zecken aufgehalten«. Damit sei auch der Zeckenbiss ein Dienstunfall.

KEINE KÜNDIGUNG WEGEN RAUCHERPAUSEN

Ausgiebige Raucherpausen rechtfertigen nicht ohne Weiteres die Kündigung eines Mitarbeiters. Das hat das LAG Rheinland-Pfalz unter dem Aktenzeichen 10 Sa 562/09 entschieden. Zwar verletze der Arbeitnehmer damit seine arbeitsvertraglichen Pflichten. Aber eine Kündigung könne unverhältnismäßig sein. Stattdessen könne es genügen, wenn die Pausenzeiten nicht bezahlt würden. In dem vor dem LAG verhandelten Fall hatte ein Arbeitgeber mit seinen MitarbeiterInnen vereinbart, dass sie kurze Raucherpausen einlegen können, ohne die Zeiterfassung zu betätigen. Der Arbeitnehmer unterbrach seine Arbeit allerdings mehrmals täglich für insgesamt fast zwei Stunden. Als Abmahnungen keine Wirkung zeigten, kündigte der Arbeitgeber. Das hielt das LAG für überzogen. (vn 6/10)

Präsident Barack Obama verspricht 4,3 Milliarden Dollar für die Sieger der Schulolympiade. Auf dem Foto ehrt er im April 2009 den Lehrer Anthony Mullen in Washington D.C. mit dem Titel »National Teacher of the Year«.

FOTO: IMAGO/XINHUA

Wie Florida die Schulolympiade gewinnen will

Testergebnisse von SchülerInnen sollen die Lehrkräftegehälter bestimmen

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Günter Langer, Lehrer i. R., Auslandskorrespondent der blz

Im Sonnenstaat Florida tummeln sich nicht nur TouristInnen und RentnerInnen, wie Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger kürzlich mutmaßte, sondern es leben dort hauptsächlich ganz normale Familien, deren Kinder öffentliche, private oder gar keine Schulen besuchen. Wie in Berlin machen sich Eltern und Verantwortliche Gedanken, wie Bildung gemessen werden kann. Eltern fühlen sich in der Regel mit den vierteljährlich ausgeteilten Zeugnissen (Report Cards) ausreichend informiert. Nicht so jedoch PolitikerInnen, die zu glauben scheinen, sie müssten ihren WählerInnen beweisen, dass ihre Forderung nach Kürzung der Steuern mit verbesserten Ergebnissen in den Schulen vereinbar sei. Selbst die Präsidenten Clinton, Bush und Obama meinten beziehungsweise meinen, sich in die Schuldebatte einmischen zu müssen, obwohl, wie in Deutschland, die Bildung Ländersache ist. Sie machten beziehungsweise wollen Bundesgelder locker machen, um den Ländern auf die Sprünge zu helfen.

Obama verspricht im Rahmen des von ihm proklamierten »Race to the Top« Programms (Wettrennen zur Spitze) 4,3 Milliarden Dollar für zwei Bundesstaaten, die die besten Programme zur Verbesserung der Schulergebnisse vorweisen können. Floridas BildungspolitikerInnen glaubten, gute Chancen zu haben, diese Schulolympiade gewinnen zu können, haben sie doch jahrelang Erfahrungen sammeln können mit forcierten Programmen zur Schulevaluation, deren Kern ein Test ist, der FCAT (Florida Comprehensive Assessment Test). Dieser Test wird an allen staatlichen Schulen von der dritten bis zur zehnten Klasse einmal jährlich im März

durchgeführt, also mitten im zweiten Schulhalbjahr. Er umfasst Englisch (Reading und Writing), Mathematik und in den höheren Klassen auch Naturwissenschaften. Andere Fächer wie Fremdsprachen, Sozialkunde, Geschichte, Musik, Kunst und so weiter sind nicht Teil des FCAT. Wer den Test in der zehnten Klasse nicht besteht, bekommt in der zwölften Klasse keinen High School Abschluss bestätigt und kann kein College besuchen, also auch keine Berufsausbildung erhalten.

FCAT-Ergebnisse werden nicht nur zur Evaluation der SchülerInnen herangezogen, sondern müssen darüber hinaus dafür herhalten, das Lehrpersonal inklusive die RektorInnen zu beurteilen. Schulen, die versagen, müssen mit Umsetzungen rechnen; Schulen, die mehr als zweimal keine ausreichenden Ergebnisse erzielen, werden geschlossen. Schulen in sozial prekären Gegenden sind dieser Gefahr naturgemäß häufiger betroffen. All diese scharfen Maßnahmen haben die Bundesbehörden jedoch nicht überzeugen können, Florida die ersehnten zusätzlichen Bundesgelder zuzubilligen. Der Sonnenstaat geht dieses Jahr leer aus.

Die floridianischen PolitikerInnen sind dadurch aber nicht entmutigt, im Gegenteil, sie sehen das als Ansporn für eine noch schärfere Gangart. Eine Mehrheit im Landesparlament (House und Senat) hat ein Gesetz verabschiedet, das die FCAT-Resultate und neu einzuführende Jahresendtests für die übrigen Fächer als Grundlage für die Gehälter des Lehrpersonals macht. LehrerInnen, deren SchülerInnen versagen, bekommen nur das Grundgehalt, die anderen erhalten je nach »Erfolg« Zuschläge. Neu einzustellende LehrerInnen erhalten grundsätzlich nur noch jährliche Verträge, die nicht verlängert werden, wenn die Testergebnisse der SchülerInnen nicht als ausreichend bewertet wurden. LehrerInnen, die zweimal schlechte FCAT-Ergebnisse produzieren, werden entlassen.

Das Argument der GesetzbefürworterInnen ist, es müsse doch irgendwie eine Überprüfung der LehrerInnenergebnisse gefunden werden. Mit diesem Gesetz hat die Behörde endlich eine Möglichkeit, unfähige LehrerInnen loswerden zu können und unfähige LehrerInnen gäbe es doch zuhauf. Sonst würde Florida doch national nicht an vorletzter Stelle rangieren. Schätzungen über »unfähige LehrerInnen« variieren jedoch erheblich. Sie reichen von 5 Prozent bis 70 Prozent. Kein Wunder, es gibt ja keine Kriterien dafür, sagen die PolitikerInnen. Weshalb dieselben PolitikerInnen aber private Schulen (358.000 SchülerInnen, 15,4 Prozent) und die Home Schooler (61.000 bzw. 2,5 Prozent) von den Tests ausnehmen, bleibt deren Geheimnis. Vermutungen gehen wohl kaum fehl, wenn unterstellt wird, diese Leute wollen den zumeist konfessionellen Privatschulen noch mehr SchülerInnen zutreiben. Zu diesem Zweck verfügen sie bereits über das Instrument der Vouchers, Steuergelder also, die die Eltern für die Schulgebühren nutzen können. Eine Privatschule kostet immerhin mindestens 900 Dollar pro Monat.

Kein Wunder also, dass sich die Betroffenen, LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen gegen dieses Ansinnen wehren. Kern des Widerstands ist die örtliche LehrerInnengewerkschaft, die Florida Education Association (FEA) mit 137.000 Mitgliedern (74 Prozent aller LehrerInnen). Sie kann darauf hinweisen, dass seit Einführung des FCAT keine wesentlichen Verbesserungen erreicht werden konnten. Sie kritisiert seit Jahren den Zeitpunkt des Tests. In den Klassen wird wochenlang für den Test geübt, anstatt regulären Unterricht zu betreiben. Der Test enthält Inhalte, die noch gar nicht unterrichtet wurden und alle sonstigen Fächer werden überhaupt nicht berücksichtigt. Das neue Gesetz schert alle über einen Kamm, es unterscheidet nicht zwischen sozial verschiedenen Umfeldern. Das Gesetz würde dazu führen, dass alle LehrerInnen nur noch in »guten« Schulen unterrichten wollen. Es würde Nepotismus kreieren, LehrerInnen mit guten Kontakten würden die besten Jobs erhalten. Der Erfolg der SchülerInnen sei auch von anderen außerschulischen Faktoren abhängig, wie zum Beispiel dem Engagement der Eltern bei der Erziehung ihrer Sprösslinge und so weiter.

Die Medien, insbesondere die Zeitungen, berichten fast täglich über die Auseinandersetzungen und sind zumeist den LehrerInnen sehr wohlwollend gegenüber eingestellt. In der Öffentlichkeit gibt es ihnen gegenüber auch keinen Sozialneid. Es ist allgemein bekannt, dass die LehrerInnengehälter in ganz Florida relativ niedrig sind. Gute Voraussetzungen also für den Arbeitskampf. »Kampf« ist allerdings relativ zu sehen, denn Streiks sind staatlichen LehrerInnen, obwohl sie keine BeamtInnen in unserem Sinne sind, zumindest in dem vorliegenden Fall grundsätzlich verboten. Es bleibt also nur gute Öffentlichkeitsarbeit, Kontakt zu Landtagsabgeordneten und SenatorInnen, Demos und so weiter. Die Gewerkschaft im Landkreis von Miami jedoch ging noch einen Schritt weiter, sie rief zum »Sick-Out« auf, also zum Krankfeiern am Tag vor der Gesetzesverabschiedung.

Die PolitikerInnen blieben jedoch völlig unbeeindruckt, nur einer fiel um. Besser: Er ließ sich belehren. Der gemäßigt-konservative Gouverneur Charlie Crist »hörte auf das Volk«, wie er sagte. Obwohl er von seiner Republikanischen Partei als Kandidat für den US-Senat aufgestellt werden möchte, vergrätzte er die Mehrheit seiner radikal-konservativen ParteigenossInnen und legte gegen das Gesetz sein Veto ein. Die Schulen können aufatmen ...

ANZEIGE

HERAUSFORDERUNG PRIVATSCHULEN? ZWEI REZENSIONEN UND EIN BUCH

Der taz-Journalist Christian Füller ist bekannt für starke Sprüche. So beginnt dieses Buch dann auch mit einer provokanten Behauptung: Mit den Privatschulen verbinde die Deutschen »eine Art Hassliebe«. Wer's glaubt, wird selig. So wichtig sind die Privatschulen nun auch wieder nicht.

Der weitere Inhalt des Buches ist schnell zusammengefasst: Es gibt gute Privatschulen und weniger gute. Und manche Privatschule bietet etwas, was die staatliche Schule mangels Ausstattung nicht bieten kann. Wäre ja auch noch schöner, wenn man für sein Geld nicht auch noch was geboten bekommt – und sei es nur eine ausgewählte Schülerschaft.

Man hätte aber auf die gleiche Weise auch die staatliche Schule porträtieren können, da gibt es ebenfalls manch gute und manch schlechte Schule. Was lernt uns das? Beim Thema Privatschule geht es meist gar nicht um Schule und Bildung, sondern um Geld, Status, Wettbewerbsvorteil und manchmal auch noch um Einflussmöglichkeiten. Das alles spielt aber in Füllers Buch kaum eine Rolle – genauso wenig die Frage, wer wohl eine schlecht abgesicherte Stellung und ein in der Regel schlechteres Gehalt in Kauf nimmt, um Lehrkraft an einer Privatschule zu werden. »Sein Buch plädiert für eine unvoreingenommene Betrachtung privater und öffentlicher Schulen, um jedem Kind gute Bildungschancen zu eröffnen«, heißt es in der Verlagsankündigung. Darum geht es nun gerade nicht, zumindest den Privatschulen nicht. Was Füller dann schließlich vorschlägt, ist so etwas wie eine Bürgerschule, für die sich in Berlin neben Sybille Volkholz und der FDP auch der Paritätische Wohlfahrtsverband einsetzen: Alle Schulen, egal ob privat oder staatlich, werden in selbstständige Betriebe umgewandelt, die eine Globalsumme abhängig von der Schülerzahl erhalten. Der Staat passt ein bisschen auf, die Qualität kommt über die Konkurrenz.

Eine entbehrliche Lektüre. Zumal Füller an keiner Stelle dieses Buches in die Versuchung kommt, anstelle von launigen Beschreibungen und starken Sprüchen Analysen und Fakten zu präsentieren. *Klaus Will*

Einspruch, Euer Ehren! So einfach kann man es sich mit diesem Buch nicht machen. »So wichtig sind die Privatschulen auch wieder nicht«, sagt Klaus Will. Schön wär's! Die Zahlen haben zugenommen; wir beobachten eine starke Verunsicherung bei vielen Eltern; in den Medien ist von einer »Flucht in die Privatschulen« zu lesen. Das alles kann man ja verwerflich finden, nach dem Motto: Die Mittelschicht will ihre Sprösslinge von den Schmuddelkindern fernhalten und die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zementieren. Damit wird man aber das Problem nicht los.

Christian Füller – und seine Ko-Autoren Annegret Nill und Wolf Schmidt – haben genauer hingeschaut. Sie haben sich viele Privatschulen angeguckt – von den Phorms-Schulen, die als AGs fungieren und mit Renditeversprechen auf den Markt gehen, bis hin zu einer reformpädagogisch orientierten Schule in einem sozialen Brennpunktbezirk. Sie berichten anschaulich und ausgewogen – über die Motivation von Eltern und Lehrkräften, über die Finanzierung, über hohe reformpädagogische Ansprüche und die Mühen des Alltags, über die Konflikte der Privatschulen untereinander – und auch über »Geld, Status, Wettbewerbsvorteil und Einflussmöglichkeiten«. Der Leser bekommt, das ist nicht wenig, einen Überblick über eine lebendige Szene. Zu platten Abwehrreflexen »Privatschulen – pfui bäh!« dürfte es nach der Lektüre nicht mehr kommen.

Außerdem wird deutlich, was eine gute Schule braucht: eine engagierte Schulleitung, ein engagiertes Kollegium, ein Mindestmaß an Ressourcen, ein selbstbewusstes Desinteresse an bürokratischen Vorgaben und eine ebenso selbstbewusste Überzeugung davon, was SchülerInnen im 21. Jahrhundert brauchen. Hier sind »gute« staatliche wie private Schulen überhaupt nicht voneinander entfernt. Warum dann nicht voneinander lernen?

Der Vorwurf, Füller hätte ja auch staatliche Schulen porträtieren können, geht voll an der Sachlage vorbei: Das hat Füller in seinen beiden vorangegangenen Büchern getan; und deshalb hat er sich jetzt bewusst nur um Privatschulen gekümmert. Allerdings werden die staatlichen Schulen immer mitgedacht. Sie seien manchmal doch arg bewegungslos, meint Füller, und sie könnten vom »Blick über den Zaun« durchaus lernen. Wer wird dem widersprechen? Obwohl, und das ist der Haken, wir bei dieser Diskussion sofort bei der »Schuldfrage« sind...

»Eine entbehrliche Lektüre«? Na ja, eigentlich sind rund 95 Prozent aller gedruckten Bücher entbehrlich. Ich stimme mit vielen Aussagen von Christian Füller wahrlich nicht überein; aber mich hat dieses Buch klüger gemacht. *Peter Sinram*

Christian Füller »Ausweg Privatschulen? Was sie besser können, woran sie scheitern«, Edition Körber-Stiftung 2010.
Neugierig geworden? Wir haben Christian Füller für eine Diskussionsveranstaltung gewinnen können! Mittwoch, 30. Juni 2010, 19:00 Uhr im GEW-Haus, Raum 31/32

VON RECHTEN UND PFLICHTEN

Das Buch von Ulrike Hinrichs ist eine Orientierungshilfe für junge Menschen zwischen 12 und 18 Jahren. Es schildert in knappster und sehr sachlicher Form oft anhand von Fallbeispielen, worauf Jugendliche einen Anspruch haben, wohin sie sich wenden können, wenn es schwierig wird, was passiert, wenn sie sich falsch verhalten haben. Es geht also um Rechte und Pflichten. Gerade deswegen kann dieses Buches auch eine interessante Lektüre für Eltern und insbesondere für Lehrkräfte im Fach Ethik sein. Denn hier werden keine kleine Helden gezeigt, die sich mit Kavaliersdelikten in die Herzen ihrer MitschülerInnen schleichen: Ach da ist ja nicht so schlimm – oder – Toll, was der sich traut – , sondern es wird sachlich und lebendig über Normen und Gesetze informiert. Müssen

Väter und Mütter Taschengeld zahlen, dürfen sie Arbeiten im gemeinsamen Haushalt abfordern, was passiert, wenn man mal eine Unterschrift unter einer Arbeit gefälscht hat, wo gibt es Hilfe bei Übergriffen und Gewaltvorkommnissen in Schule und Familie, ist Religionsunterricht Pflicht, welche Strafe droht, wenn man zum Diebstahl anstiftet oder selbst klaut und erwischt wird, und vieles andere mehr.

Das Buch ist sozusagen ein kleines Lexikon zu Alltagsfragen von Jugendlichen, stärkt sie in ihren Rechten, vergisst aber auch die Pflichten nicht. *Sigrid Baumgardt*

Ulrike Hinrichs: ZuRecht finden, Lexikon und Rechtsratgeber für Jugendliche. Verlag an der Ruhr, 2009. 19,80 Euro

DEUTSCH FÜR JUNGE PROFIS

Gerade 85 Jahre alt geworden ist der bekannte Stilkritiker Wolf Schneider –und legt nun einen Ratgeber für junge Menschen vor: Wie man gut und lebendig schreibt.

Wer gelesen werden will, muss gleich stark anfangen, zum Beispiel so: »Alt werden hat in unserer Gesellschaft einen schlechten Beigeschmack. Mit wohlwollender Zustimmung altern dürfen bei uns nur noch Wein und Käse.« Erstaunlich, wie es Schneider in immer wieder neuen Büchern zum gleichen Thema schafft, mit einer etwas anderen Perspektive und neuen Beispielen frisches Leben in seine unverändert gültigen Ratschläge zu bringen. Denn was ein guter Satz ist und ein guter Text, das hat sich in tausend Jahren nicht geändert. Es gilt für die Bibel und den Blog, den Zeitungsartikel wie den Geschäftsbericht. »Ein deutscher Beamter hat die Fähigkeit, jeden gefährlichen oder reizvollen Vorgang in Wörter zu kleiden, deren mehrmalige Verlesung die Zimmerpflanzen zum Verdorren bringen kann«, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*. Bei Schneider lernt man, wie Zimmerpflanzen überleben können. *Klaus Will*

Wolf Schneider: Deutsch für junge Profis. Wie man gut und lebendig schreibt. Rowohlt-Verlag 2010. 16,95 Euro.

DIE WESTBERLINER EINHEITSSOZIALISTEN

Die »Sozialistische Einheitspartei Westberlin«, wie die SEW ab 1969 im Westteil der Stadt hieß (vorher SED-W), hatte einen großen Apparat: Rund 80 hauptamtlich Beschäftigte betreuten in den 70er Jahren gerade mal 7.000 Mitglieder. Trotzdem erreichte diese Partei nur Wahlergebnisse, die selten über zwei Prozent kamen. Dank der massiven finanziellen Unterstützung aus der DDR konnte der Misserfolg kompensiert werden, 12 bis 15 Millionen DM wurden dafür jährlich transferiert. Aber nicht nur der politische Misserfolg, sondern auch die persönlichen Folgen der massiven Unterdrückung der SEW in Westberlin wurden mit dem Geld aus dem Ostteil der Stadt kompensiert, wie der Autor Thomas Klein in seinem Buch aufzeigt. Erst 1971 wurde durch ein Kammergerichtsurteil festgestellt, dass eine Mitgliedschaft oder Funktion in der SEW allein kein Ausschlussgrund von Entschädigungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz für Verfolgung unter dem Hitlerregime sei. Und namentlich bekannte Mitglieder der Partei hatten Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Also wurde eine Wagenburg gebildet, die sich zwar im Gefolge der Studentenrevolte 1967/68 durch jüngere Mitglieder etwas auflockerte, aber nicht auflöste.

Nicht zuletzt deshalb blieb die Partei sowohl beim Wahlvolk als auch als politischer Einflussfaktor erfolglos. Die heute gern kolportierte »Unterwanderung« der Studentenrevolte durch SEW-Kader und IM's, das weist Klein überzeugend nach, ist Unsinn. Und ebenso blieb der Einfluss bei anderen Organisationen oder Gruppierungen (Gewerkschaften, Friedensbewegung) durch die sogenannten Revisionisten (liebevoll Revis genannt) marginal – auch wenn 1989 kurzzeitig ein SEW-Mitglied Berliner GEW-Vorsitzende werden konnte.

Thomas Klein hat eine faktenreiche Darstellung abgeliefert, die sich zwar stellenweise etwas im Zahlensalat verheddert, statt leserInnenfreundlich die ausgebreiteten Daten zusammenzufassen, aber sonst fair und verständlich diese merkwürdige Partei beleuchtet. *Klaus Will*

Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Ch. Links Verlag, Berlin 2009. 29,90 Euro.

Szenenfoto aus dem neuen Stück des Grips-Theaters: »Stress! – Der Rest ist Leben«. Besprechung siehe unten.

FOTO: DAVID BALTZER/BILDBUEHNE.DE

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Ein *»Improvisationstheater-Festival«* ist gleichsam »doppelte« Improvisation: die Begegnung mit anderen Gruppen, mit fremden BerufskollegInnen, anderen Sprachen, anderem Stil ist ein willkommenes Wagnis, das Neugier weckt, frische ungewohnte Impulse bringt. Von diesen Begegnungs-Impros mit ihrer je spezifischen »Premieren«-Stimmung profitieren Publikum wie Spieler. Überdies nutzten die **Gorillas** ihr Festival auch zu gelungenen Formexperimenten und untersuchten spezifische Räume als Ausgangspunkt für szenische Erfindungen (eine Klavierfabrik, die Schatzkammer im Museum für Kommunikation, den Stadtraum Kreuzberg ...).

Zehn Jahre Erfolgsgeschichte **TuSch** – die Zusammenarbeit von Theatern mit Schulen! Das war in diesem Jahr nicht nur eine bunte Fülle höchst unterschiedlicher Realisationen, sondern auch ein Theaterfest mit der Verabschiedung von Renate Breitig, die die Form »TuSch« propagiert, ausgebaut, etabliert und über Berlins Grenzen hinaus verbreitet hat.

»Stress! Der Rest ist Leben« im **Grips**. Gezeigt werden acht Jugendliche, gespielt von fünf SpielerInnen. Sie agieren munter, spielen körperbetont mit viel Bewegung, spezifisch choreografiert; das macht Spaß beim Zuschauen, das Publikum geht mit. Inhaltlich angetippt wird vieles, behandelt und geklärt nur wenig. Einerseits deshalb, weil nur eine gesellschaftliche Gruppe gezeigt wird – eben nur Jugendliche; diese Jugendlichen sind zugleich im Rahmen eines Wettbewerbs die »Stressmacher« selbst (oder werden zu Stressmachern); zum andern reißt das Stück neben dem schon vielgestaltigen Stress unentschieden eine Menge weiterer Probleme an, bis hin zu Pistolen und Amokfantasien – kein Thema wird wirklich vertieft. Und zum Schluss wird auch der Wettbewerb noch abgesagt – Fake. Insgesamt also zwar ein munteres Spiel, dem Jugendliche gern zuschauen; wenn es um Inhalte gehen soll, ist das Programmheft vorzuziehen (ab 14).

Noch einmal **Grips**, diesmal in Mitte. *»Big Deal?«* beginnt wie gekonnter Boulevard, überraschend, schwungvoll, pointenreich-witzig, mit Missverständnissen und doppelten Türen, dabei neugierig machend und Interesse weckend – gräbt sich dann immer tiefer ein in die Problematik einer Vater-Sohn-Beziehung. Ein Stück (bei dem auch Drogen und Dealen eine Rolle spielen) über Einsamkeit, Kommunikation, Brücken bauen – ein Ringen um Ehrlichkeit und die Schwierigkeiten der Selbsterkenntnis, klug und charmant geführt von einer Drogenberaterin, die eben nicht nur Moderatorin ist, sondern selbst Betroffene – die auch den Jugendlichen »treffen« kann und das Publikum gleich mit. Kein happy ending zum Schluss, sondern ein offenes, positiv getöntes Ende.

Ebenfalls von besonderer Qualität die gezeichneten Video-Zwischenspiele; endlich einmal Einblendungen, die sinnvoll sind, Informationen vermitteln, Gefühle sichtbar machen. Nur drei Personen, wunderbar besetzt, superb gespielt – dazu ein (inhaltlich und grafisch) vorzügliches Programmheft; darin neben vielen Informationen auch Theatermacher, die offen und ungeniert nicht von ihrem schauspielerischen Handwerk, sondern von sich selber sprechen. Ab 14 – aber mindestens ebenso wichtig für Eltern, insbesondere Väter!

Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde
Bis zum 30. Juni 2010 besteht die Möglichkeit, sich für das Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde zu bewerben. Der Ergänzungsstudiengang wird vom Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde des Humanistischen Verbandes Deutschlands in Kooperation mit der TU Berlin, Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch politische Bildung, durchgeführt. Zulassungsvoraussetzung ist der Abschluss des Zweiten Staatsexamens in mindestens einem Fach oder ein als gleichwertig anerkannter anderer Abschluss. Das Ergänzungsstudium kann zu Beginn eines jeden Wintersemesters aufgenommen werden. Der nächstmögliche Studienbeginn ist der 1. August 2010. Der Studiengang dauert in der Regel vier Semester und umfasst 40 Semesterwochenstunden; die Studiengebühr beträgt 300 Euro pro Semester. Freistellungen vom Schulunterricht erfolgen. Nach der erfolgreichen Prüfung ist die staatliche Anerkennung für ein weiteres Unterrichtsfach mit entsprechender Höherbesoldung gegeben. Bewerbungen an: Humanistischer Verband Deutschlands, Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04 65-68, Fax: 61 39 04 52, E-mail: g.seehaus@hvd-berlin.de

Lesen und Schreiben für Familien
164.000 Analphabeten leben ungefähr in Berlin. Nach Schätzungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes kann jeder 15. Berliner über 15 Jahren nicht ausreichend lesen und schreiben, um den gesellschaftlichen Anforderungen auf diesem Gebiet gerecht zu werden. In den Familien der Betroffenen ist oft zu beobachten, dass die Schwierigkeiten von einer Generation an die nächste weitergegeben werden. Dieser Tatsache trägt der Ansatz der Family Literacy Rechnung, bei dem Eltern und Kinder gemeinsam gefördert werden. Ein neues vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt der Freien Universität Berlin und des Arbeitskreises Orientierungs- und Bildungshilfe (AOB e. V.) ist diesem Ansatz verpflichtet. In den kostenlosen Kursen, die im AOB in Kreuzberg stattfinden werden, sind noch Plätze frei. Informationen unter (030) 6934038 und im Internet unter http://www.alphafamilie.de

Studienreise nach Polen
Das LISUM und die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e.V. bieten vom 27. September bis 2. Oktober die Studienreise »Geschichte, Politik, Kultur im nördlichen Polen« (LISUM-Kurs Nr. 10.1-3730). Ein Vorbereitungsabend findet dazu am 24. Juni im Deutschen Historischen Museum mit Dr. Hanna Nogossek statt. Kosten für Hin- und Rückfahrt mit der Bahn, fünf Über-

nachtungen mit Halbpension und drei Mittagessen sowie mit allen Eintrittsgeldern 575 Euro. Das ausführliche Programm ist zu finden unter www.fortbildung-regional.de Dort kann man auch buchen. Sonst mit dem an allen Schulen erhältlichen Meldeformular an SenBildWiss I A Vw 3. Bei notwendiger Unterrichtsbefreiung ist der Antrag auf Freistellung zusammen mit einer Kopie des Anmeldeformulars auf den Dienstweg zu geben. Anmeldung auf dem üblichen Weg. Weitere Informationen über die Deutsch-Polnische Gesellschaft, Tel. 71 38 92 13.

AKTIVITÄTEN

Langer Tag der StadtNatur
Bereits zum vierten Mal veranstaltet die Stiftung Naturschutz am 19./20. Juni ihren Langen Tag der StadtNatur mit 500 Einzelveranstaltungen an 150 Orten. Um das Ganze ebenso informativ wie unterhaltsam zu machen, haben Umwelt- und Naturschutzorganisationen, Universitäten, Museen und Bürgerinitiativen ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, das zu einer Entdeckungsreise in den Dschungel der Großstadt einlädt. Das Programm ist online unter www.langertagderstadtnatur.de zu finden. Eine Anmeldung zu den Veranstaltungen ist nur nach Erwerb des Tickets möglich und unter der Hotline (030) 26 39 41 41. Das 26-Stunden-Ticket für Erwachsene kostet 7 Euro.

MATERIALIEN

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft
Rechtsextremismus unter Migranten? Über dieses brisante Thema wurde in Deutschland bislang geschwiegen. Dabei haben rechtsextremistische Migranten Schulen, Treffpunkte und Freizeitstätten längst als Rekrutierungs- und Agitationsfeld für sich entdeckt. Die Broschüre »Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft« beschäftigt sich umfassend und ohne ideologische Scheuklappen mit den menschenverachtenden Ideologien, die ihren Ursprung in den Herkunftsländern der vier größten Einwanderergruppen haben: Rechtsextreme und ultranationalistische Gruppierungen türkischer, russischer, exjugoslawischer und polnischer Herkunft. Die Autoren der Broschüre untersuchen die rechtsextremen Szenen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Kontext der jeweiligen Einwanderungsgeschichte und der politischen Kultur in der Herkunftsgesellschaft. Dabei stellen sie auch die wichtigsten Symbole und jugendkulturellen Elemente vor, die in den rechtsextremen Gruppen eine Rolle spielen. *»Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Exjugoslawen, Russlanddeutsche, Türken, Polen«*, Herausgeber: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Einzelheft 3 Euro (plus 1,50 Euro Versand), 10 Exemplare á 2,50 Euro (plus 8 Euro Versand). Bezugsadresse: SOR-SMC, Ahornstr. 5, 10787 Berlin oder per Mail: schule@aktioncourage.org

Helden des Alltags in der Schule
Die Ergebnisse der Onlinebefragung, die die GEW auf der Grundlage der OECD-Studie TALIS (»Teaching and Learning International Survey«) durchgeführt hat, sind jetzt veröffentlicht worden. Erstmals wurden Lehrkräfte und Schulleitungen international vergleichend befragt. Sie berichten über ihre Arbeitssituation, ihre professionellen Überzeugungen und die Haltungen, die Bedingungen ihrer täglichen Arbeit. TALIS ist kein »Lehrer-PISA« mit Ranking-Listen, sondern ein spannender und hilfreicher Blick in den Schulalltag. Die unausgesprochene Botschaft der TALIS-Studien ist:

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		8-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF ab 192,– Euro	**Costa Brava**	Ü ab 210,– Euro
Budapest	ÜF ab 192,– Euro	**Gardasee**	Ü ab 220,– Euro
London	ÜF ab 254,– Euro	**Südfrankreich**	Ü ab 230,– Euro
Prag	ÜF ab 199,– Euro		
Paris	ÜF ab 224,– Euro		
Rom	ÜF ab 258,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!
REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (02306) 7 57 55-0 • FAX (02306) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose
NaturaMed Fachklinik
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
NaturaMed ...wir bringen Sie wieder in Schwung!

Entlastung während des schulischen Alltags für Lehrer und Erzieher/innen
bietet Ihnen **systemisches Beratungsangebot** in Form von Gruppen-, Team- oder Einzelberatung
Kostenloses Infogespräch
Kontakt c/o Manuel Koesters
info@kulturcoaching.de
Telefon: 030/ 857 14 750

SUPERVISION
Einzeln, Gruppe oder Team
Dipl.-Psych., Supervisorin (DGSv*)
A. Werner, Berlin-Tiergarten
Tel. 030-344 59 44, alwWer@web.de

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Fortbildungen 2010
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
- Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
- Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
- Rede- und Präsentationstraining

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

Schulleitungen und Lehrkräfte wünschen und brauchen eine Situation, die es ihnen erlaubt, ihre beruflichen Fähigkeiten systematisch weiterzuentwickeln. *Marianne Demmer, Matthias von Saldern (Hrsg.) »Helden des Alltags« – Erste Ergebnisse der Schulleitungs- und Lehrkräftebefragung (TALIS) in Deutschland, Die Deutsche Schule Beiheft, Band 11, 2010, 192 Seiten, 19,90 Euro, ISBN* 978-3-8309-2312-1 Waxmann-Verlag, Steinfurter Str. 555 48159 Münster, info@waxmann.com

Globales Lernen
Gisela Führing und Annette Kübler von ASET e.V. haben eine Lernmappe zum Globalen Lernen im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Grundschule mit viel Material auf CD herausgegeben. Themenbereiche: »Identität und Vielfalt«, »Produkte unseres Alltags«, »Unser Weltbild«, »(Un-) gerechte Welt«, »Wasser weltweit« und »nachhaltiger Lebensstil«; zu bestellen für 12 Euro zzgl. Verpackung und Versand bei gisela.fuehring@gmx.net Außerdem bietet der Verein Kontakt zu Oberschulen im Senegal und Begleitung von Nord-Süd-Schulpartnerschaften. Wer Interesse hat, melde sich bitte bei Gisela Führing, ASET e. V., Tel.: 030/8 56 00 40 42.

5 JAHRE »TANZZEIT – ZEIT FÜR TANZ IN SCHULEN«

Vom **10. bis 13. Juni 2010** präsentieren zum fünften Geburtstag von »TanzZeit – Zeit für Tanz in Schulen« rund 30 TanzZeit-Klassen aus allen Berliner Bezirken sowie die TanzZeit-Jugendcompany **im RADIALSYSTEM V** ihre Arbeiten. Die Schirmherrschaft für »TanzZeit –Zeit für Tanz in Schulen« hat im Jubiläumsjahr der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, übernommen. Die bekannte Choreografin Sasha Waltz ist bereits von Beginn des Projekts an Schirmherrin.
Die über 600 Berliner SchülerInnen aller Altersstufen entwickelten die Choreografien während des im Sommer zu Ende gehenden Schuljahres gemeinsam mit ebenfalls fast 30 professionellen Tänzern und Choreografen. Fünf Klassen, die schon seit mehreren Jahren kontinuierlich an TanzZeit-Projekten teilnehmen, werden außerdem bei ihren Präsentationen ihre eigene, speziell erarbeitete Musikbegleitung einsetzen. Zum fünfjährigen Jubiläum soll es vor allem um die TanzZeit-Visionen gehen, im Fokus stehen die Nachhaltigkeit des Projekts und die Öffnung neuer Perspektiven für die betreuten Kinder: Besonders talentierte und motivierte Schüler erhalten in der TanzZeit-Jugendcompany die Chance, auch nach ihrer »Zeit für Tanz in Schulen« unter professioneller Anleitung weiter im tänzerischen Bereich zu lernen und zu arbeiten. Welche enorme – nicht nur – tänzerische Entwicklung so möglich werden kann, vermittelt die Jugendcompany mit der Uraufführung eines neuen Stücks der Choreografen Livia Patrizi und Florian Bilbao.
Ein attraktives Rahmenprogramm ergänzt die diesjährigen Werkstattpräsentationen im RADIALSYSTEM V: Catherine Milliken und Hanna Hegenscheidt leiten zwei Workshops für TanzZeit-Künstler und Lehrer der TanzZeit-Schulklassen, eine hochkarätig besetzte Expertenrunde diskutiert über das Thema »Visionen der Kulturellen Bildung – Chancen und (Un-) Möglichkeiten ihrer Umsetzung«.
Seit 2005 bringt »TanzZeit – Zeit für Tanz in Schulen« Berliner Kindern und Jugendlichen den zeitgenössischen Tanz näher. Insgesamt unterrichteten bisher 90 professionelle Tänzer, Choreografen und Tanzpädagogen ein Mal wöchentlich an Berliner Schulen – mittlerweile haben über 9.100 Kinder und Jugendliche aus 88 Schulen und über 400 Schulklassen mitgetanzt. Für seine gemeinnützige Arbeit wurde TanzZeit mehrfach ausgezeichnet. Programm unter und www.tanzzeit-schule.de und über die Homepage Radialsystem.

STELLENBÖRSE

Fachleitung OberstudienrätIn Sprachen (Englisch/Deutsch) an der Ernst-Litfaß-Schule/OSZ Druck und Medientechnik zum kommenden Schuljahr zu besetzen. Geboten werden ein tolles Kollegium und engagierte SchülerInnen. Erwartet werden: Lust auf Lernen, junge Erwachsene und Schulentwicklung. Kontakt: Tel. 41 47 92-0 oder 11, litfass@ernst-litfass-schule.de

ErzieherIn für den Einsatz an einer Grundschule zum Schuljahr 2010/11! Zwei Erzieher, eine Erzieherin suchen ein neues Tätigkeitsumfeld innerhalb von Grundschule zum Schuljahr 2010/11, vorzugsweise in Steglitz-Zehlendorf/Zehlendorf bzw. Charlottenburg-Wilmersdorf. Tätigkeitsfelder: a) Schulstation und Mediation b) koord. Erziehertätigkeit incl. DaZ-Stunden(DaZ-Lehrerzertifikat vorhanden), Sprachförderung ab Saph! c) Schulanfangsphase, JüL (1-3). Gerne auch als Team. Angebote unter: J-2010@t-online.de

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

TOP-Angebote für Klassenfahrten in der
Nebensaison
Jetzt unter:
www.cts-reisen.de
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

jede Woche neue Angebote
schulfahrt.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Kreativenergie wecken:
www.malortmitte.de

GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers
Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

BUTTON MASCHINEN
GRAPH DRUCKULA
e-mail: info@graph-druckula.de
VERLEIH · VERKAUF · PRODUKTION
1980 - 2010
Dank Ihnen werden wir 30.
www.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

Locke-Service-Büro

Baltische Länder per Rad	ab 980 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 980 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1330 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1599 EUR

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
LockeToursBerlin
Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Fax [illegible]

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
Vorortberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren
Info: www.ak-finanz.de
Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren
supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,– € günstige 281,05 € mtl., 70 000,– € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.
www.ak-finanz.de
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de
Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLINIK NIKOLASSEE
www.klinik-nikolassee.de
Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- posttraumatische Belastungsstörung
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!
Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.
☎ 030 / 803 09 10
Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

10. JUNI	17.00 Uhr	**Arbeitslosenausschuss**	Raum 34
15. JUNI	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 47
	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 33
	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
16. JUNI	10.00 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 33
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 33
	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 201
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe-, Sozialarbeit**	Raum 34
	19.00 Uhr	**Landesausschuss Studierende**	Raum 47
17. JUNI	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 31
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 32
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
24. JUNI	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**	Raum 47
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
29. JUNI	16.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 47
	18.00 Uhr	**Runder Tisch Gemeinschaftsschule**	Raum 300
	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
07. JULI	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 201

BILD DES MONATS

AKTIVITÄTEN DER SENIOREN

9. Juni: Besuch des Japanischen Gartens in Ferch. Treffpunkt um 10.15 am Hauptbahnhof Potsdam (Bus 607 nach Ferch)
15. Juni: Wanderung durch den Kleinen-Spreewald-Park (Tram 88 bis Schöneiche). Treffpunkt um 10.30 Uhr am Parkeingang
15. Juni: Besuch in Schloss Biesdorf. Treffpunkt um 10 Uhr Ausgang U-Bhf Elsterwerdaer Platz (U 5)
23. Juni: Führung durch den Comenius-Garten in Neukölln. Treffpunkt um 11 Uhr an der Richardstraße 35
13. Juli: Führung zum Thema Fontane, Brecht und Co. Treffpunkt um 10 Uhr am Brecht-Denkmal am Berliner Ensemble

5 JAHRE TANZZEIT

Werkstattpräsentationen und Rahmenprogramm zum Jubiläum vom **10. bis 13. Juni 2010** im Radialsystem V.
Siehe Seite 34 in dieser blz. und www.tanzzeit-schule.de

AUSWEG PRIVATSCHULEN?

Die GEW BERLIN lädt ein zur Diskussionsveranstaltung mit Christian Füller über sein gerade erschienenes Buch (siehe auch Seite 30). am **30. Juni 2010 um 19 Uhr** im GEW-Haus, Ahornstraße 5.

KAMPAGNE „ALTE STÄRKEN“

Die GEW BERLIN fordert Arbeitsentlastungen für Lehrkräfte, damit diese weiterhin gute Arbeit leisten können und in gesundem Zustand das Pensionsalter erreichen können:

- Allgemeine Reduzierung der Pflichtstundenzahl
- Wiedereinführung von Altersermäßigung und Altersteilzeit
- Vorteilhafte Gestaltung der begrenzten Dienstfähigkeit
- Umwandlung der Arbeitszeitkontentage in Entlastungsstunden
- Neue Betrachtung der Arbeitszeit

Siehe auch Seite 26 dieser blz.